

Volkswacht

für Schlesien

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Verantwortl. Redakteur: Carl Schickel, Breslau, Reibstock Ring 3141.
Postfach-Adresse: Postfach-Nr. Breslau Nr. 5832.

Anzeigenpreis: Je Millimeter für gewöhnliche Anzeigen aus Schlesien
30 Pf., auswärts 45 Pf., auswärts 12 Pf. Anzeigen unter Text
5 Pf., auswärts 8 Pf., Stellenangebote 8 Pf., Familienanzeigen,
Stellengesuche, Verleumd., Beleidigungs- und Schmähungsanzeigen 5 Pf.,
kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das feste Wort 4 Pf., Anzeigen für
die nächste Nummer müssen bis zum Vortage 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-
Expedition Hauptstraße 4/6 sowie in sämtlichen Zweigstellen abgegeben werden.

Um Deutschlands Aufnahme in den Völkerbund.

Die heutige Entscheidung.

Ein eigener Bericht meldet uns:
Der englische Botschafter in Berlin hatte am Montag abend eine längere Unterredung mit dem Reichsaußenminister Dr. Stresemann, die sich hauptsächlich auf Deutschlands Eintritt in den Völkerbund bezog und in deren Verlauf Lord D'Abernon das englische Memorandum über die Behandlung Deutschlands im Falle eines Eintritts erläuterte und ergänzte.
Das englische Memorandum und das Ergebnis der Unterredung des Reichsaußenministers mit D'Abernon bilden die Grundlagen für die heutige Entscheidung des Kabinettsrates. Es ist anzunehmen, daß die Regierung heute die grundsätzliche Entscheidung für den Eintritt fällt, das eigentliche Geschäft aber erst formuliert, wenn noch einzelne technische Fragen im Gange geklärt sind. Der Anfang mit dieser Klärung ist insofern gemacht, als die skandinavischen und holländischen Delegierten bei dem französischen Delegierten für sofortige Gewährung eines Ratifikationsbeschlusses an Deutschland intervenierten.

Die deutsche Rechtsprelle droht!

Die Berliner Rechtsprelle rüft heute zum Generalangriff gegen einen etwaigen Eintritt Deutschlands in den Völkerbund.
Die „Kreuzzeitung“ behauptet: „Deutschlands Eintritt in den Völkerbund ist nicht möglich, weil er uns zu ungeraten eigenen Interessen macht (!). Anerkennung der bestehenden völkerrechtlichen Verhältnisse, die auf dem Vertrag von Versailles beruhen, Anerkennung des Versailler Vertrages, selbst mit allen seinen fassbaren Voraussetzungen, zu denen an erster Stelle die Kriegsschuldfrage gehört, das sind die logischen (?) Folgen, die sich aus diesem politischen Selbstmord (!) ergeben.“
Die „Germania“ schreibt: „Die Presse der Opposition kann völlig beruhigt sein, daß in den taktischen Fragen des Zeitpunktes und der Methode des Eintritts die Entscheidungen nicht vorzeitig gefällt werden. (Sie sind ja lange genug hin- und hergewälzt worden!) Was die grundsätzliche Entscheidung angeht, so halten wir uns an die Reden des Reichsaußenministers und glauben, daß unsere bisherige Betrachtung zu dieser grundsätzlichen Entscheidung in keinem Punkte durch das widerlegt worden ist, was von den Gegnern des Eintritts seither vorgebracht wurde.“

Die Poincaristen gegen Deutschlands Aufnahme.

Paris, 22. September. (Eigener Drahtbericht.) Die Abendblätter des Nationalen Blocs, „Intransigent“ und „Liberté“, protestieren lebhaft gegen die bedingungslose Zulassung Deutschlands in den Völkerbund und gegen die Gewährung eines Ratifikationsbeschlusses. In der „Liberté“ heißt es, daß das der erste Schritt auf einem Wege sein werde, der zur vollständigen Revision der Friedensbedingungen einschließlich der territorialen Grenzen, führen müsse. Im „Intransigent“ wird unter scharfen Angriffen auf Macdonald, der die Einleitung Deutschlands betrieben habe, die französische Regierung eindringlich davor gewarnt, sich auf irgend eine Diskussion in der Kriegsschuldfrage einzulassen.

Das Mißtrauen gegen Stresemann.

Paris, 22. September. (Eigener Drahtbericht.) Das Gewerkschaftsblatt „Le Peuple“ schreibt: „So sehr man den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund für wünschenswert halten mag, so muß man offen sagen, daß der plötzliche Umschwung des Herrn Stresemann niemanden zu beruhigen vermag. Seine Betrugung ist doch etwas zu plötzlich gekommen, und außerdem ist er innerhalb von acht Tagen zweimal der Lüge überführt worden, einmal in der Sache Barmer und das andere Mal in der Sache des Grafen Kefler. Niemand wird künftig mehr den Behauptungen des Mannes Glauben schenken können, der die Außenpolitik des Reiches leitet. Jedesmal, wenn Herr Stresemann etwas behauptet oder verspricht, wird man sich fragen, bis zu welchem Grade er sich durch sein eigenes Wort gebunden fühlt — und das ist etwas sehr Ernstes. Gerade weil wir keinerlei Vorbehalt machen, wenn wir die Teilnahme Deutschlands an dem neuen internationalen Leben wünschen, müssen wir von allen Seiten einen absoluten guten Willen verlangen, damit unsere Anstrengungen nicht durchkreuzt werden durch die verdächtigsten Nationalisten. Das Experiment des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund — denn es ist ein Experiment, und zwar ein lebenswichtiges für Europa — muß gelingen. Man kann jetzt nicht das Risiko eines Mißerfolges scheuen, der von einer gefährlichen Reaktion gefolgt werden würde, die alle bereits erzielten Ergebnisse wieder aufs Spiel setzen würde. Aus diesem Grunde und in voller Kenntnis der fast krankhaften Empfindlichkeit, die die Deutschen in solchen Fragen zeigen, selbst mit dem lebhaftesten Wunsch, sich nicht in ihre eigenen Angelegenheiten einzumischen, dürfen wir nicht zögern, zu erklären, daß Herr Stresemann fortan unerwünscht ist. Das Wort mag zwar hart sein, aber warum sollte man vor Worten zurückweichen.“

Genfer Gerüchte.

Genf, 22. September. (Eigener Drahtbericht.) In Völkerbundskreisen hat man mit Ueberraschung davon Kenntnis genommen, daß die deutsche Regierung ein Eintrittsgesuch vorbereitet. Dieses Gesuch soll in einer umfangreichen Denkschrift

dem Völkerbund vorgelegt werden. Es heißt, daß in ihr ein Ratifikationsbeschluss gefordert und dem Verlangen Ausdruck gegeben wird, daß Deutschland kein neues Kriegsschuld- und Verantwortlichkeitsabzulegen brauche (was niemand forderte!) und zahlreiche Vorbehalte für den Versailler Vertrag gemacht werden. Da der Abschluss der jetzigen Völkerbundtagung für den 28. September geplant ist, dürfte ein Gesuch in der angebotenen Form kaum noch angenommen werden. Es verlohnt jedoch zu erwägen, ob bereits in zwei Monaten eine außerordentliche Völkerbundversammlung in Genf geplant ist, nachdem die diplomatischen Verhandlungen über technische Einzelheiten erledigt sind.

Der „Soz. Parlaments-Dienst“ bemerkt hierzu: Es ist richtig, daß Deutschland noch in dieser Woche einen Schritt unternehmen wird, der auf den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund hinausläuft. In welcher Weise dieser Schritt jedoch unternommen und ob das deutsche Aufnahmegesuch in Form einer Denkschrift an den Völkerbund gerichtet wird, ist bisher noch zweifelhaft. Darüber dürfte am Dienstag das Reichskabinett entscheiden.

Frithjof Nansen berichtet über die Aussprache mit Marx.

Genf, 22. September. (Eigener Drahtbericht.) Nansen hatte am Montag mit den einzelnen Völkerbundsdelegierten, besonders mit Loucheur-Franzosen, eine längere Aussprache über das Ergebnis seiner Unterredung mit Marx, über die er sich optimistisch äußerte. Er lehnte es aber entschieden ab, irgendeine Erklärung für die Dessenlichkeit abzugeben.

Der Hauptauschuss des preußischen Landtages

begann am Montag die Beratung des Haushalts des preußischen Staatsministeriums. Die wichtigsten Punkte der Erwiderung waren: das Verhältnis Preußens zum Reich, die frühere der Großen Koalition in Preußen und die Zollfrage.
Bei der Zollfrage legte der Ministerpräsident Genosse Otto Braun noch einmal den Standpunkt Preußens dar. Er betonte, daß jetzt nicht mit Zöllen, sondern nur durch eine Kreditaktion der Landwirtschaft geholfen werden könne. Vor allem könne mit Hilfe der Zölle die so wichtige Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion nicht erreicht werden. Der Zentrumsvertreter sprach sich für gleitende Schutzzölle aus. Der Sprecher der Demokraten und der der Deutschen Volkspartei waren sich einig darin, daß im Augenblick von den Agrarprotektionisten keine Rede sein könne. Selbstverständlich trat der Redner der Deutschnationalen, Freiherr v. d. Osten, für Agrarprotektion ein.

Bei der Frage des Verhältnisses zwischen Preußen und dem Reich verlangte der Redner der Deutschen Volkspartei eine einheitliche Stimmabgabe Preußens im Reichsrat. Festgestellt wurde, daß bei der Abstimmung über die Dawes-Gesetze im Reichsrat Bismarck und Dillpreußen dagegen stimmten. Der Vertreter des Zentrums trat für die Selbständigkeit der Abgabe der preußischen Provinzialsteuern im Reichsrat ein. Die Frage des Verhältnisses zwischen Preußen und dem Reich, der Geltendmachung des preußischen Einflusses auf die Reichspolitik, das Problem: Einheitsstaat oder Föderalismus (Anschluß Österreichs) wurden eingehend erörtert. Der preußische Ministerpräsident nahm zu diesen Fragen in einer ausführlichen Rede Stellung.

Herr Braun wies u. a. darauf hin, daß die Aufrechterhaltung der Gesundheitspflege in München nicht gegen das Staatsrecht verstoße. Preußen sei bereit, auf dem Wege der Gegenseitigkeit die Vertretungen in den deutschen Ländern aufzugeben. Das sei in Hamburg, Oldenburg, Württemberg und noch verschiedenen anderen Ländern geschehen. Für München fehle jedoch noch die Voraussetzung. — Der Ministerpräsident schloß dann die Frage der Ehrengehälter an und teilte mit, daß für mutige Lebensretter jetzt ein Diplom herausgegeben werde.

Was das Verhältnis Preußens zum Reich betreffe, erklärte der Ministerpräsident, so habe er stets ein gutes Zusammenarbeiten erstrebt. Schwierigkeiten seien aus dem häufigen Wechsel der Reichsregierung entsprungen. Im Ganzen sei das Verhältnis so erträglich. Man dürfe nicht vergessen, daß heute keine Personalunion zwischen Reichkanzler und Ministerpräsident mehr bestehe, heute, im reinen Föderalismus, sind Preußens Kompetenzen stark beschnitten. Preußen liege gegenüber anderen Ländern bezüglich des Einflusses auf die Reichspolitik im Hintertreffen. Ein besonderes Gesetz zur Vereinfachung der Stimmabgabe im Reichsrat sei nur durch Änderung der Reichsverfassung möglich. — Im Verwaltungsrat der Reichsbahn werde ein von Preußen gestellter Vertreter sitzen.

Gegenüber den Deutschnationalen, die bemängelten, daß Preußen in London nicht vertreten gewesen sei, erinnerte der Ministerpräsident daran, daß die deutschnationalen Presse seitens der Antrag Preußens auf Mitvertretung abfällig kritisiert habe.

In der an die Ausführungen des Ministers sich anschließenden Debatte kam die Sprache auf den § 18 der Reichsverfassung. Der Ministerpräsident erklärte, es müsse diesem Artikel eine andere Form gegeben werden. Die von den Kommunisten geforderte allgemeine Amnestie lehnte der Ministerpräsident ab.

Der Etat des Staatsministeriums wurde in den Einzelpositionen und dann in seiner Gesamtheit angenommen.

Der Absturz der Kommunisten.

Ein Nachwort zur Wahl in Oberschlesien.

Der katastrophale Verlust von 55 000 Stimmen in 4 1/2 Monaten, den die Kommunisten in Oberschlesien erlitten, ist nur der Anfang einer vollkommen fehlgegangenen Hoffnung. Als die Jünger Moskows am 4. Mai unter den Nachwirkungen der Inflation und eines schweren Streiks 130 000 Stimmen sammeln konnten, riesen sie in alle Welt hinaus, daß nunmehr das eigentliche Proletariat Deutschlands, die Industriezentren an der Ruhr und in Oberschlesien, für immer zu kommunistischen Hochburgen geworden seien, nur das „Kleinbürgertum“ wolle noch sozialdemokratisch. Für das Ruhrgebiet haben schon die Knappheitswahlen den Beginn des Abstieges angekündigt, in Oberschlesien lassen die deprimierenden Zahlen vom Sonntag nicht einmal den vollen Umfang des Zusammenbruchs erkennen. Denn die Kommunisten haben in diesem Bezirk seit acht Wochen gearbeitet wie die Bienen und die verfügbaren Kräfte aus ganz Deutschland in dieses Gebiet dirigiert, um nach den Verlusten in Sachsen, Thüringen und Mecklenburg zu beweisen, daß an einer Stelle wenigstens die Gewinne vom 4. Mai gehalten werden können. Sie haben den Abgeordneten Höllein als kommunistischen „Wahlkommissar“ nach Gleiwitz geschickt, der einen umfangreichen Agitatorenstab zu dirigieren hatte. Duzende von Landtagsabgeordneten und andere Redner waren in jeden Kreis ausgesandt, einzelne von ihnen weilten seit Ende Juli ununterbrochen im Wahlbezirk. Die kommunistische Partei hatte Geld und Kräfte genug, um auch in jede sozialdemokratische Versammlung und in viele bürgerliche Diskussionsrunden zu entsenden, mir traten überall Abgeordnete entgegen, manchmal sogar zwei, und Herr Koenen schlich sich in Kartell-Versammlungen des Zentrums ein, um dem ehemaligen Reichsfinanzminister Birck entgegenzutreten. Es ist also von dieser Seite, das muß anerkannt werden, das Menschenmögliche geschehen, und wenn Oberschlesien das erstmal wieder unter normalen Verhältnissen wählt, ohne daß eine Partei alle ihre Kräfte in einen einzigen Bezirk werfen kann, dann wird der Rest von 75 000 kommunistischen Stimmen sicher bis unter 30 000 sinken. Schon jetzt ist der Verlust in den engeren Industriebezirken noch größer, als er in den Wahlbezirken zum Ausdruck kommt, weil die Moskauer in den Agrarkreisen Erfolge hatten, in denen sie zum erstenmal erschienen und die Bauern mit russischen Landverteilungsplänen einjagten. Dieses Strohhalm wird natürlich ebenso schnell verfliegen.

Ein ebenso offenes Wort gebührt der Arbeit in seiner eigenen Partei in Oberschlesien. Sie war so schlecht wie wohl noch niemals in einem anderen Bezirk. Die Zentralinstanzen der Partei haben dem Bezirk nicht die nötige Aufmerksamkeit gewidmet — keiner von uns kann sich davon freisprechen —, und die meisten lokalen Organisationen sind vollständig arbeitsunfähig geworden. Beispiele: im ganzen Kreise Ratibor einschließlich der 40 000 Einwohner zählenden Hauptstadt ist während des ganzen Wahlkampfes eine einzige Versammlung abgehalten worden, und auch diese erst zwei Tage vor der Wahl. Eine andere Stadt weigerte sich überhaupt, eine Versammlung abzuhalten, weil der von ihr gewünschte Redner nicht kam; eine große Industriestadt wie Gleiwitz brachte kaum 70 Wähler in die Versammlung für den Abgeordneten Lipinski; unzählige Male trafen Redner in Orten ein, in denen die Versammlungen für die sie bestellt waren, gar nicht stattfanden. Sie mußten, ohne etwas ausgerichtet zu haben, wieder abreisen. Und so fort. Die Organisation muß von Grund auf wieder aufgebaut werden; hoffentlich schreiben sich die obereschlesischen Genossen die Lehren dieser Wahl hinter die Ohren.

Als einzige erfolgreiche Partei geht das Zentrum aus dem Wahlkampf hervor. Es hat seine Wähler trotz des allgemeinen Rückganges an die Urne gebracht. Dabei ist zu bemerken, daß das sonst rechtsgerichtete Zentrum seine Erfolge mit linksgerichteten Kandidaten und mit der starken propagandistischen Tätigkeit des ehemaligen Reichsfinanzministers Birck bestritt, der sich überall scharf gegen die Deutschnationalen und gegen den geplanten Bürgerblock wandte.

Die Verteilung des Stimmverlaufs.

Nach einer Prüfung des Wahlergebnisses ist bei der Reichstagswahl in Obersachsen der Anteil der einzelnen Parteien an der Gesamtstimmzahl im Vergleich zur Hauptwahl folgender: Zentrum 42,1 (bei der Hauptwahl 35 Prozent), Deutschnationale Volkspartei 17,8 (19,9), Kommunistische Partei 13,7 (22,9), Polnische Volkspartei 7,9 (8,7), Sozialdemokratische Partei 4,2 (4,8), Deutschnationale 2,6 (3,3), Deutsche Volkspartei 2,6 (3,2), Demokraten 1,7 (2,2), Reichsbanner 1,6 (2,2).

Gegenüber der Hauptwahl ist die Zahl der erhaltenen Stimmen zurückgegangen bei der Zentrumspartei um 25 Prozent, der Deutschnationalen Volkspartei 21,9, Sozialdemokratischen Partei 20, der Polnischen Volkspartei 27,2, der Demokratischen Partei 29,9, der Deutschen Volkspartei 35,9, den Reichsbannern 37,8, Kommunisten 41,9.

Wie gering der organisatorische Aufwand unserer führenden Gewerkschaften im Unterberuf Oberberuf geworden ist, das zeigt eine aus Hindenburg hervorgehende Erklärung des Wahlergebnisses, die (leider kritisch) vom Sozialdemokratischen Parteivorstand aufgenommen worden ist. Vor einigen Wochen haben wir von Hindenburg aus dem Reich in Obersachsen Wahlhilfe leisten. Jetzt wird die damals richtige Behauptung von Hindenburg in der Form wiederholt, daß kein bekannter Genosse sich hier sehen ließ. Zwischen haben Ude, Alpinist, Leinert, Schützinger u. a. jeder eine Anzahl Versammlungen in Obersachsen abgehalten, ohne daß man das in dem Hindenburg-Parteibüro offenbar gemerkt hat! Verschiedene andere Abgeordnete und tüchtige Redner erschienen, aber konnten ihre Versammlungen nicht abhalten, da sie von der oberberuflichen Unterberuflichen Überwachungsbehörde nicht vorbereitet waren! Der Hindenburg-Verordnungsartikel behauptet weiter, die Breslauer Volkswacht, die fast ausschließlich im ländlichen Teil Obersachsens geleitet wird, hätte zu wenig Wahlartikel gedruckt. Innerhalb der „Volkswacht“ in Obersachsen verbreitetes Kopierpapier scheint in Hindenburg bis heute unbekannt geblieben zu sein, die „Volkswacht“ selbst nur selten gelesen zu werden! Immerhin kommt auch dieser Artikel zu dem Schluss, daß eine Reform unserer oberberuflichen Parteiförderung „schnell und durchgreifend“ kommen müsse. Dann seien unsere Zukunftsaussichten in Obersachsen nicht schlecht. Dem können wir zustimmen.

Der Untersuchungsausschuss des Preussischen Landtages über die Porzellanmanufaktur

führte am Montag seine Arbeiten zu Ende. Der Ausschuss einigte sich, folgenden Antrag als Ergebnis der Beratungen anzunehmen:

1. Der Untersuchungsausschuss hat festgestellt, daß in der Geschäftsführung der Porzellanmanufaktur nichts Ordentliches vorgekommen ist und daß bei den Verkäufen an Minister, Abgeordnete und sonstige in der Öffentlichkeit genannte Personen keinerlei Korruption vorliegt.

2. Die künstlerischen Leistungen der Porzellanmanufaktur sind in den letzten Jahren auf der Höhe geblieben, die der großen Tradition der Porzellanmanufaktur und ihrem hohen Ruf entspricht.

3. Der Handelsminister hat bei der Anstellung des Direktors Dr. Schneider das Staatsrecht unberücksichtigt verläßt, doch hat er sich bei der Berufung Schneiders von sachlichen Gesichtspunkten leiten lassen, nachdem er sich über dessen Eignung für die Leitung der Porzellanmanufaktur und für die beabsichtigte Umstellung des Betriebes vergewissert hatte.

Punkt 1 wurde mit allen gegen zwei Stimmen der Kommunisten, Punkt 2 einstimmig und Punkt 3 mit allen gegen zwei kommunistische Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen. Der Ausschuss erlucht das Plenum, den Beschlüssen beizutreten.

„Die Säure um Nichts!“ — so charakterisierte Genosse Opperath den ganzen Streit um die staatliche Porzellanmanufaktur. Was war das vor einem halben Jahre für ein Geschrei, für ein Geschrei, ein Geschrei und Geklopel über sozialdemokratische Miß- und Günstlingswirtschaft, die man dem preussischen Handelsminister Stiering andichten wollte, über bedenkliche Porzellanstücke der Minister usw. Nichts ist übriggeblieben von all dem Wurm, von all der Antreibung!

„König Rohle.“

Von Upon Sinclair.

„Es gibt ein Gedichtbuch, das uns lehrt: die wilde Rose an ihrem Strauch zu lassen. Dort wird sie weiterblühen, pflückt man sie: jedoch, sie würde in wenigen Stunden verwelken.“
„Das kann man nie wissen. Vielleicht kommt heute Nacht ein Sturm und entblättert sie. Wenn Sie sie jedoch gepflückt und sich an ihr getraut hätten, so würde die Rose vielleicht ihren Zweck erfüllt haben.“
„Welche Überlegenheit hat auch immer ihr gegenüber empfunden haben möchte, nun ging diese in dem Staunen vor dem ewigen Geheimnis unter. Ob es das Mädchen wähle — beabsichtigt hatte oder nicht — es habe den ersten Sieg der Frau davongetragen, hatte der Mannes Denken gebannt, mit Neugierde erfüllt. Was meint die wilde Rose des Kohlenrennens?
„Zwischen beschäftigte sich die wilde Rose ruhig mit ihrer Wähe, nicht ahnend, daß sie etwas Bedeutendes gesagt; Hal Wainer aber betrachtete ihr Gesicht und bedachte ihre Worte. Von einer überreizten Frau ausgesprochen, hätten sie wohl eines bedeuten können: eine Aufforderung, doch lag kein Leichtsin in den grauen Augen dieses Wäiners, nur Traurigkeit. Was war diese Trauer in den Augen und Worten eines so jungen, so lebendigen Gedichtes? War es die Melancholie ihrer Wähe, die aus den alten trüben Volksliedern tönt? Oder war es eine neue, eigenartige Melancholie, in den Kohlenruben Wäiners verweilt geboren?
„Des Mädchens Blicke waren ebenso verwirrend, wie ihre Worte. Die grauen Augen lagen unter schwarz gegliederten, dunklen Brauen, die nicht zu dem Haar paßten. Auch die Lippen waren schwarz gezeichnet, fast ganz gerade, so daß es ausah, als wären sie mit Kaminfarbe auf ihr Gesicht gemalt. Alles verließ ihr, wenn sie einen anstarrte, einen lebhaften, verwirrenden Ausdruck, lächeln, ein wenig trübselig. Wäheleite sie aber, so erhellten die Lippen weichere Formen, die grauen Augen wurden betrübt und scheinbar dunkler. Dieses trübselige Mädchen war wirklich anzusehen, doch nicht leicht zu verstehen.
„Hal fragte nach dem Namen seiner neuen Bekannten. Sie nannte sich Mary Burke und meinte: „Sie sind gewiß noch nicht

Der Plan der Friedens-Sicherung.

Genf, 22. September. (Eigener Drahtbericht.) Das in der Abbrüstungskommission für die Vervollständigung des Völkerbundes beschlossene Protokoll hat folgenden Wortlaut:

Wortlaut. Um den dauerhaften Frieden in der Welt und die Sicherheit der Völker zu sichern, vom Entschlusse beiseite, die Begrenzung der Rüstungen zu verwirklichen, haben sich die vertretenden Staaten über folgende Bestimmungen geeinigt:

Artikel 1. Die Unterzeichneten sind damit einverstanden, die Einführung eines Zulages zu Artikel 12 des Vates zu beschließen; der folgende neue Einleitung zu diesem Artikel vorzulegen würde: Die Mitglieder des Völkerbundes einigen sich dahin, daß sie in keinem Falle Krieg gegen ein anderes Mitglied des Bundes führen werden, ausgenommen im Falle, daß sie Widerstand gegen Angriffe leisten müssen oder wenn sie mit Zustimmung des Rates und der Völkerbundsversammlung handeln.

Artikel 2. Die Unterzeichneten werden die Einführung eines Zulages zu Artikel 15 des Vates beschließen, damit die Paragraphen 4, 5, 6 und 7 dieses Artikels folgendermaßen erweitert werden: 1. Wenn eine dem Rate unterbreitete Streitigkeit von diesem nicht sofort geregelt werden kann, so wird sich der Rat bemühen, die Streitigkeit einer schiedsgerichtlichen Regelung zu unterwerfen. Auf das Verlangen dieser Partei, und nur einmal im Verlaufe des Verfahrens, werden die Schiedsrichter durch Vermittelung des Rates über die angegebene Rechtsprechung die Meinungsäußerung des ständigen internationalen Gerichtshofes einholen. Die Mitglieder des Völkerbundes verpflichten sich, die schiedsgerichtlichen Entscheidungen getreu auszuführen und sich den Entscheidungen und Empfehlungen des Rates zu fügen.

Artikel 3. Die Bestimmungen des Artikels 2 und 3 finden keine Anwendung auf die Regelung von Streitigkeiten, die infolge von Kriegsverbrechen, welche von einem oder mehreren Staaten auf Grund der Beschlüsse des Rates oder der Völkerbundsversammlung ergriffen worden sind, entstehen können.

Artikel 4. Wenn im Verlaufe eines durch Artikel 3 vorgesehene Schiedsverfahrens eine der Parteien behauptet, daß der Streitfall eine Frage ist, die dem ständigen internationalen Gerichtshof unterbreitet werden muß, so muß der Gerichtshof antworten, ob es sich in der Tat um eine solche Frage handelt.

Artikel 5. Bestimmung des Angreifers. Angreifer ist dasjenige Mitglied des Völkerbundes, das, obwohl es das Protokoll unterzeichnet, 1. zum Kriege greift in Verletzung der in Artikel 1 eingegangenen Verpflichtungen, oder indem es sich weigert, das schiedsgerichtliche Verfahren anzuerkennen; 2. Angreifer ist, wer einen Kriegszustand in Verletzung der Ratsbeschlüsse bezeugt, welche den Zweck verfolgen, jede Verschlebung seiner Streitkräfte zu befehlen, zu Lande und in der Luft auszubilden.

Artikel 6. Da das Vorhandensein entmilitarischer Zonen dazu angetan ist, Angriffe zu verhindern, wird deren Errichtung zwischen den Staaten, die damit einverstanden sind, empfohlen als ein Mittel, eine Verletzung des Protokolls zu vermeiden. Die auf Grund von Verträgen schon bestehenden entmilitarisierten Zonen oder jene, welche zukünftig errichtet werden sollen, können einer zeitweiligen oder ständigen Kontrolle des Völkerbundes unterworfen werden, wenn es von oder alle anliegenden Staaten es verlangen. Die Kontrolle erfolgt auf Kosten dieser Staaten.

Artikel 7. Sobald die Erklärung über den Angriff erteilt und proklamiert ist, daß der Angreifer außerhalb des Gebietes, werden die Verpflichtungen der kontrahierenden Mitglieder in Bezug auf die Sanktionen aller Art unmittelbar in Kraft treten, damit diese Sanktionen unverzüglich ihre Wirkung gegen den Angreifer erfüllen können. Diese Verpflichtungen müssen als Hindernis für jedes Bundesmitglied interpretiert werden im dem Sinne, daß es effektiv mitarbeitet, jedem Angreifer Widerstand zu leisten. Die Unterzeichner gehen die Verpflichtung ein, dem angegriffenen oder bedrohten Staat zu helfen, zu kommen und sich gegenseitig durch Erleichterungen und gegenseitigen Austausch in Bezug auf die Versorgung mit Rohstoffen und Waren aller Art, durch Kreditöffnungen, Transport- und Verkehrserschwerungen zu unterstützen und alle in ihrer Macht liegenden Maßnahmen zu ergreifen, um die Sicherheit der Verkehrsbedingungen des angegriffenen Staates zu Lande und zu Wasser aufrechtzuerhalten.

Artikel 8. Angesichts der Wichtigkeit der Bedingungen bezüglich der wirtschaftlichen und finanziellen Entlastung wird der Rat die wirtschaftlichen und finanziellen Organisationen des Völkerbundes sofort einladen, zu einer Prüfung der Maßnahmen zu schreiten, die dazu angetan sind, die Sanktionen in Kraft zu setzen. Wenn der Rat im Besitz dieser Informationen sein wird, wird er sofort Pläne ausarbeiten lassen, und zwar 1. die Pläne für den Fall, daß die wirtschaftlichen und finanziellen Sanktionen gegen einen Angreifer ergriffen werden, 2. die Pläne zur wirtschaftlichen und finanziellen Zusammenarbeit zwischen einem angegriffenen Staat und den verbleibenden Staaten, die ihm Hilfe bringen. Diese Pläne werden den Unterzeichnern des Protokolls sofort mitgeteilt.

Artikel 9. Die Unterzeichneten Völkerbundsmitglieder verpflichten sich, an einer Internationalen Abrüstungskonferenz teilzunehmen, die vom Völkerbunde einberufen werden soll und die Genf am 15. Juni zusammenzutreten wird. Alle Staaten, die Mitglieder des Völkerbundes sind oder werden, werden zu der Konferenz eingeladen werden. Wenn nicht mindestens die Mehrheit der in Permanenz im Völkerbunde vertretenen Mitgliedsstaaten oder zehn andere Mitgliedsstaaten ihre Ratifikation bis 1. Mai 1925 niedergelegt haben, so muß der Generalsekretär des Völkerbundes die Abrüstungskonferenz annullieren.

Aus dem Reiche.

Immer weiter gegen Keiner. Der hannoversche Bürgerklub hat bereits wieder ein neues Mittel erstanden, um Keiner endgültig los zu werden. Am Montag hat er beschlossen, bei dem Regierungspräsidenten das förmliche Disziplinarverfahren auf Dienstentziehung für Keiner zu beantragen. Er dürfte damit einen Erfolg haben. Keiner ist ja aber inzwischen seinen persönlichen vorgehenden Segnern gesundheitlich erlegen.

Eine ausführliche Forderung des Großhandels. Am Sonnabend trat in Berlin die Zentrale des deutschen Großhandels zu einer Tagung zusammen. Im Vordergrund der Erörterungen stand die Reform der Umsatzsteuer. Der Großhandel will bekanntlich die Reform so gestalten, daß die Umsatzsteuer nur noch im Kleinhandel erhoben wird. Der Kleinhandel und auch die Konsumgenossenschaften wenden sich dagegen. Auch das Reichsfinanzministerium will, wie der „Soz. Parl. Dienst“ erzählt, von einer solchen Reform nichts wissen und lieber den Weg des allgemeinen Abbaues der Umsatzsteuer gehen. Es ist zu diesem Zweck vom Ministerium eine Denkchrift ausgearbeitet worden, mit der sich schon in Kürze das Reichskabinett befassen wird.

Meine Auslands-Nachrichten.

Der jetzige Präsident des französischen Senates, der im Juni gegen den Linksblock kandidierte, ist am Montag bei der Eröffnung des Generalrates in einem luxemburgischen Departement, dessen Vorsitzender er war, nicht wiedergewählt worden. Er erhielt nur 10 Stimmen, während der Kandidat des Linksblocks mit 15 Stimmen gewählt wurde. Die „Ere Nouvelle“ sagt, daß mit dieser Niederlage auch die Präsidentenwahl im Senat akut werde.

Der spanische Diktator immer noch auf dem Hügel. Die spanische Behörde geben zu, daß ihre Verluste, mit dem Führer der aufständischen Matrosen, Adhel Kerim, durch Verhandlungen zum Frieden zu kommen, gescheitert sind. Infolgedessen hat man sich gezwungen gesehen, nicht nur die Ainsbenderfregate, sondern

auch die spanische Garnison von Tetuan abzutransportieren. Auch die spanische Garnison von Algeciras abzutransportieren. Die Truppen Adhel Kerims haben den Spaniern weitere erhebliche Verluste zugefügt. Wie schwer sie sind, wird verschwiegen. Adhel Kerim hat nach einem offiziellen Bericht der spanischen Regierung, gefordert, daß sich die spanischen Truppen bedingungslos ergeben.

Die Stärke der polnischen Sozialdemokratie. Einem Bericht des Parteisekretärs der polnischen Sozialdemokratischen Partei (P.S.) ist zu entnehmen, daß die Partei am 1. Juli d. J. 876 Ortsorganisationen mit 49.500 Mitgliedern zählte. Sie veröffentlicht über vier Tageblätter, sechs Wochenblätter, eine Monatschrift und eine monatliche Zeitung der Jugendlichen.

Debs prophezeit die amerikanische Arbeiterpartei. Der amerikanische Sozialistenführer Eugene V. Debs hat in einer großen zum amerikanischen Arbeitertag erlassenen Rundgebung erklärt, daß aus der Bewegung für eine „Dritte Partei“ eine große amerikanische Arbeiterpartei erwachsen werde. Debs war wiederholt von der Arbeiter nicht sehr einflussreichen Sozialistischen Partei Amerikas als Präsidentschaftskandidat, ausgepickt worden. In diesem Jahre hat er auf die Kandidatur zugunsten des Fortschrittlers La Follette verzichtet. „Während wir im Wahlkampf leben“, erklärte Debs in der Rundgebung, „müssen wir bereit sein, unseren Teil für die Organisation einer großen amerikanischen politischen Partei zu tun. Diese Partei wird nicht durch politische Kandidaten, sondern durch die Arbeiter selbst organisiert werden. Die Sozialistische Partei wird in dieser größeren Partei ihren besonderen Platz einnehmen und in diesem Rahmen als Träger des sozialistischen Gedankens einen sehr großen Einfluß auf die Massen haben als bisher.“

Japan und der Sowjetbund. Der Vorkämpfer des Sowjetbundes in Peking, Karakam, soll in nächster Zeit nach Moskau kommen, um Verhandlungen über die russisch-japanischen Unterhandlungen zu berichten, die seit dem 12. September in Peking geführt werden. Der japanische Vorkämpfer hat Karakam neue Vorschläge überreicht, welche die Zurückziehung japanischer Truppen aus Sachalin und die den Japanern zu gewährenden Wahlkonventionen betreffen.

lange hier, sonst hätten Sie bestimmt von der „roten Mary“ gehört. In diesem Namen ist mein Herz schuld.
„Sie haben recht, ich bin noch nicht lange hier.“ — erwiderte er. — „Hoffe aber lange zu bleiben — daran ist Ihr Haar schuld. Darf ich Sie einmal besuchen, Fräulein Burke?“
„Sie gab ihm keine Antwort, warf einen Blick auf das Haus, in dem sie wohnte. Es war dies eine ungeheure dreistöckige Holzhaus, noch verwohelter als die meisten hier; Schmutz und Wähe umgaben sie, was einmal ein Holzhaus gewesen, war nun zerfallen, die Überreste werden als Brennholz verwendet. Die Fenster waren gesprungen und zerbrochen, das Dach wies Spuren von Rissen, die nichtbärtig gefüllt worden waren.
„Darf ich kommen?“ — wiederholte er, sah keine Frage, da mit ihm nicht glauben möge, daß er ihr Heim mit allen trübseligen Augen betrachte.
„Wartet!“ — sagte das Mädchen und nahm den Wäheleite auf. Er trat vor, bot ihr an, ihm zu folgen, doch ließ sie ihre Last nicht aus der Hand. Den Kopf festhaltend und Hal trug ins Gesicht blickend, sagte sie: „Sie können kommen, aber Sie werden keinen glücklichen Ort besuchen, Herr Smith. Das werden Sie bald genug durch die Nachbarn erfahren.“
„Ich glaube, ich kenne niemand von Ihren Nachbarn.“ Sympathie Klang aus seiner Stimme, aber der Trost schwand dennoch nicht von ihrem Gesicht. „Sie werden schon davon hören, Herr Smith, werden aber auch hören, daß ich den Kopf hoch trage. Und das ist im Nord-Tal gar nicht so leicht.“
„Sie mögen den Ort nicht?“ — fragte er und war erstaunt über die Wirkung einer Frage, die er bisher als Hilfsfrage gestellt. Es war, als ob eine Gewitterwolke über des Mädchens Gesicht zöge.
„Ich hasse ihn! Er ist ein Ort der Angst und der Teufel!“ Hal jagerte einen Augenblick dann: „Werden Sie mir, wenn ich Sie besuche, sagen, was Sie mit diesen Worten meinen?“
„Doch die rote Mary hatte wieder ihr gewinnendes Lächeln zurückgewonnen.
„Wenn Sie kommen, Herr Smith, werde ich Sie nicht mit meinen Sorgen langweilen. Ich werde meine „Wohlfühlmanieren“ anlegen, und wir können, wenn Sie wollen, einen schönen Spaziergang machen.“
„Auf dem Wege zu Reminisken dachte Hal die ganze Zeit über das Mädchen nach; nicht hoch darüber, daß es das Auge erzeuge, daß sein Abbild in diesem Ort der Trostlosigkeit ein so

überraschender war; auch über seine Persönlichkeit, aus der er nicht klug werden konnte, — die Trauer, die stets an seinen Gedanken zu haften schien, der wilde Trost, der bei dem geringsten Zeichen von Mitleid aufblühte, wie es trübselig geworden. Selbst er, selbst auf die banalste Art, bildlich gesprochen. Wäheleite er etwas von Gedächtnis? Er mußte mehr erfahren über dieses Wunder der Natur, diese wilde Rose, die an der fahlen Bergwand blühte.
„Einer von Mary Burkes Ausprüchen, — daß das Nord-Tal ein Ort der Angst sei — ward Hal gar bald klar und verständlich. Er lauschte den Erzählungen dieser Unterwelt-Menschen, bis es so weit kam, daß er jedesmal vor Furcht erbebt, wenn er im Färdertal in die Tiefe sah.
„In jenem Teil des Schachtes, wo Hal arbeitete, war ein drahthafter, mangelhafter Korbaner, namens „Cho“, Strickzettel.“ Diesem oblag es, die langen Korbaner durch die Gänge zu befördern, die Beschichtung „Strickzettel“ kam daher, daß er auf dem schweren Eisenring lag, an dem der Strick befestigt war. Einmal lud er Hal ein, neben ihm Platz zu nehmen, und Hal tat es, obwohl er dadurch sowohl seinen Verdienst als auch seine besten Helfer gefährdete.
„Cho hatte einige Worte gelernt, die er selbst für Englisch hielt, bisweilen konnte man das eine oder andere auch verstehen. Er wies auf den Boden und sagte durch das Rattern der Korbaner: „Großer Staub!“ Hal sah auf dem Boden eine etwa sechs Zentimeter hohe Kohlenstaubhöhe liegen, und auch auf den Wänden war der Staub so dick, daß man in ihm seinen Namen hätte schreiben können. „Niet Explosion!“ — sagte der Strickzettel und als die letzten leeren Korbaner in die Arbeitstüme abgehoben waren und er auf sie wartete, um mit ihnen wieder zurückzufahren, verschickte Hal durch Gebärden verständlich zu machen, was er meinte. „Korbaner beladen, Sum!“ Exploriert wie die Gänge!
„Hal wußte, daß in diesen Regionen die Bergluft durch ihre Leidenhaftigkeit berüchtigt war; nun erfuhr er, daß diese Eigenschaften, die für Kranke aus allen Weltteilen Leben bedeutete, für jene, die mit ihrer Arbeit den Korbaner Wäheleite verarbeiteten, den Tod bedeutete. Diese Luft, die vermittels ungeheurer Fächer durch die Schächte getrieben wurde, nahm jegliche Feuchtigkeit fort und ließ den Korbaner so hoch und so trocken zurück, daß durch die bloße Reibung der Schächte irdische Explosionen entstanden. Derart geschah es, daß diese Gruben viel mehr Menschen töteten, als die anderen im Reiche.“ (Fortsetzung folgt.)

Ein Skandal im neuen völkischen Musterland.

Genosse Loeb zum Ausscheiden aus dem Amt gezwungen. Polizei in der Staatsbank. — Die „Verteidigung“ der Thüringer Regierung.

Weimar, 22. September. (Eigener Drahtbericht.) Genosse Loeb hat sich am gestrigen Tage entschlossen, sein Amt als Staatsbankpräsident niederzulegen und teils dies der Regierung mit, Drauf ist in der vergangenen Nacht vom Sonntag zum Montag um 14 Uhr früh Polizei in die Staatsbank eingebracht, weil nach Mitteilungen der Polizei bei ihm um 14 Uhr früh eine Anzeige eingegangen sei, die Genossen Loeb der Unterschlagung beschuldigt.

Das Schreiben, in dem Genosse Loeb dem Thüringischen Finanzminister seinen Rücktritt anzeigt, hat folgenden Wortlaut: Herr Staatsminister!

Bei unserem ersten Zusammentreffen haben Sie mir auf die Frage, ob Sie mich deswegen entlassen werden, weil ich Jude bin, geantwortet:

„Ich betrachte den Juden nicht von der religiösen, sondern von der politischen Seite. Ich bin kein „Antisemit“, und mit den Juden, mit denen ich bis jetzt zusammengekommen bin, habe ich mich lediglich aus einander getraut.“

Sie haben mir auf meinen Hinweis auf die Reichsversammlung, die den Begriff „Rasse“ nicht kennt, erwidert, daß Sie mit einer Entscheidung nach Rücksprache mit dem Staatsministerium auf meine wohl denkende Frage zukommen lassen werden. Nach heute war ich auf diese Antwort.

Bei einer anderen Gelegenheit haben Sie Wert darauf gelegt zu betonen, daß Sie sich nicht gegen „antisemitische“ Angriffe, sondern nur gegen Angriffe „im allgemeinen“ schützen wollen. Sie leiten Wert darauf, sich in dieser Beziehung nicht zu registrieren, damit Ihnen nicht — wie Sie selber sagten — wie Herrn Staatsminister Dr. Siehe aus einer solchen Präzisierung ein Strich gedreht werden könnte.

Sie haben während ich mich im Sanatorium befand, hinter dem Rücken des Direktoriums und des Verwaltungsrats und ohne Anhören der gesetzlich bestmöglichen Wirtschaftsprüfung dem Landtag den Entwurf zu einer eingetragenen Veränderung des Staatsbankgesetzes vorgelegt. Nach der Angabe ihres Referenten ist dieser, für das Thüringische Wirtschaftsleben schwerwiegende Entwurf in drei Stunden formuliert worden.

Sie haben mich mit Rücksicht auf eine Reihe von Umständen, die mit jener diskreditierenden und beleidigenden Maßnahme einer Ueberfallrevision während meiner, Ihnen dienlich bekannten Abwesenheit schloß, in einer Art und Weise behandelt, die Ihre heuliche Mißachtung beweisen sollte.

Sie haben zwei Resolutionen beauftragt, deren einer den Zusammenhang dieser Revision mit den Dinterichs Anträgen bestätigte; deren anderer an dritter Stelle besagte, daß es sich darum handle, mich, den politisch Andersgerichteten, zu beiseitigen, und der an derselben Stelle feststellte, daß mir die Pflichterfüllung in keiner Weise nachgesagt werden könne.

Sie haben die von mir bei dem Verwaltungsrat als dem einzig hierzu berechtigten geschäftlichen Organ beantragte und von diesem genehmigte objektive Feststellung der Geschäftsführung durch die Deutsche Treuhandgesellschaft, Bestin. aus Gründen, die mit dem Gesetz nicht in Einklang stehen, verweigert. Sie haben sich nicht scheut, die Objektivität dieser Gesellschaft als durch mich beeinflusst in Zweifel zu ziehen. Die von Ihnen angeordnete und durchgeführte Revision war gedacht und entworfen sich ganz klar als eine Revision gegen den Präsidenten. Deshalb glaubten Sie fürchten zu müssen, daß die vom Verwaltungsrat beschlossene Feststellung meine völlig einwandfreie Geschäftsführung erweisen würde. Sie wollten die Ueberfallrevision als letzten Eindruck über meine Tätigkeit bestehen lassen.

Sie haben mir damit die Möglichkeit genommen, bez. Öffentlichkeit Aufklärung über die Unhaltbarkeit aller Behauptungen zu geben und mir zuletzt damit wichtigen Grund gegeben, unter Darlegung der Umstände und Gründe, unter Berufung auf die §§ 626 und 157 BGB, die Kündigung des zwischen dem Lande Thüringen und mir bestehenden Vertrages mit sofortiger Wirkung und unter Wahrung meiner Rechte, mit dem heutigen Tage auszusprechen.

Ich scheide mit dem vollen Bewußtsein, dem Lande Thüringen und seinen Wirtschaftskreisen das, was ich Ihnen bei Gründung der Staatsbank versprochen, in meiner eintretenderjährigsten Tätigkeit voll und ganz gehalten zu haben. Loeb, Staatsbankpräsident.

Weimar, 23. September. (Eigener Drahtbericht.)

Dem Rücktritt des Staatsbankpräsidenten Loeb hat sich am Montag auch der Staatskommissar und frühere Bankdirektor Maxler mit einem Schreiben an das Thüringische Finanzministerium angeschlossen, in welchem er unter anderem zum Ausdruck bringt, daß er an eine objektive Feststellung seiner Tätigkeit beim Aufbau der Thüringischen Staatsbank durch die letzte Thüringische Regierung nicht glaube. — Gleichzeitig hat auch der frühere

sozialdemokratische Landtagsabgeordnete und Ministerialdirektor A. D. Bärwinkel, des seit einiger Zeit Urchin und Presseheiß des Staatsbank leitet, sein Los gekündigt.

Auf die Fülle der Vorwürfe des bankrechtlich überaus erfolgreichen sozialdemokratischen Staatsbankpräsidenten Loeb antwortet die Thüringische Regierung einen Tag später mit einer echt reaktionären Verteidigung. Sie kündigt ihm ein Verfahren wegen angeblicher Beiseitigung von Akten an. Sieh gegen die schweren Anklagen Loeb zu verteidigen, hält das völkisch beeinflusste Bürgerbüro-Ministerium offenbar nicht für nötig. Es versucht, sich nur dafür zu rächen!

Der Faschismus in der eigenen Schlinge.

Was Rom wird uns geschrieben:

Es unterliegt keinem Zweifel, daß Mussolini heute die Rückkehr zur Normalität als eine Lebensbedingung seiner Regierung erkannt hat, aber andererseits ist es ebenso klar, daß er nicht daran denkt, seine Partei zu entwaffnen, weil er sich für den Notfall den Gebrauch der Gewalt vorbehalten will. Nun ist aber die Rückkehr zur Normalität unmöglich, so lange die Regierungspartei in Waffen steht und die übrigen Bürger ungewaffnet sind. Das Problem der öffentlichen Ordnung, so wie es Mussolini sich stellt, ist also unlöslich.

Ein Beweis dieser Unlöslichkeit hat die Haltung der Regierung und ihrer Partei nach der Ermordung des jehuditischen Abgeordneten Casati geliefert. Wenn der Regierung ehrlich daran gelegen wäre, die Verhütung der Gemüter nicht noch weiter zu treiben, so hätte man die ersten Communiqués über die Mordtat den Tatsachen entsprechend abgefaßt und so von Anfang an klargestellt, daß politische Motive bei dem Verbrechen nicht mitspielen. Statt dessen hat ein offizielles Telegrammbüro den Mörder Corvi als Kommunisten bezeichnet und hat hinzugefügt, es hätte gesagt, Rache für Matteotti nehmen zu wollen. Beide Angaben sind bewußt erlogen. Corvi ist ein geistig minderwertiger Burlesk, Gewohnheitstrinker, der im Kampf zu Gewalttätigkeiten neigt, er gehörte keiner politischen Partei an, hat aber in letzter Zeit oft davon gesprochen, ein Verbrechen begehen zu wollen, leit er nämlich es mit angesehen hätte, wie er ihm Unbefangener auf der Straße durch mehrere Revolverkugeln getötet wurde. Von dieser Szene sprach er immer und fügte hinzu, er würde jemanden töten oder getötet werden. Casati war dem Mörder seit langem bekannt; Corvi hat dem Abgeordneten regelmäßig Dienstleistungen geleistet, ohne daß die Ermordung Matteottis ihre Beziehungen beeinflusst hätte. Eine ehrliche Darlegung der Tatsachen hätte also verhindern können, daß die Geißel des Falles und der Repressalien entzündet wurden.

Über die ehrliche Darlegung hat die Regierung und ihre Presse wohl nachgedacht, weil sie geahnt hat, daß die Veröffentlichung der ungeliebten Tat als ein politisches Verbrechen, als ein Mordtat auf den Faschismus, für die Regierungspartei und ihren inneren Halt von Vorteil sein könnte. So wurde die Tat eines Minderwertigen zur politischen Sache, und man ging so weit, die Führer der Opposition und die Redaktionen ihrer Zeitungen als moralische Urheber zu bezeichnen. Nachdem die Sache einmal in dieses Licht gebracht worden war, brachte sich die zweite Seele in der Brust der Regierung zur Geltung, nämlich das Streben nach Rückkehr zur Normalität. Somit faschistische Aufforderungen, sich der Gewalt zu enthalten, Maßnahmen der Regierung, um Exzesse zu verhindern. Kurz gesagt, hat die Regierung zuerst eifrig den Brand geschürt und dann georgärrige Lösungsanstalten getroffen. Daß es bei diesem System Brandstiftungen gegeben hat, darf nicht in Verwunderung setzen.

Denn dem Willen der Regierung, Exzesse zu verhindern, haben die Tatsachen nicht entsprochen. Die Orde an die Faschisten hat diese, wie es scheint, auf keine der üblichen Ziele ihrer Bewußtseinswelt verzichten lassen: in Rom hat man versucht, die Redaktionen des liberalen „Pondo“, der „Duce Repubblica“, des „Merita“, „Pobolo“ und sogar des jehuditischen „Gazzetta“ zu vernichten; weiter wurden Angriffe unternommen auf den Sitz der Sozialistischen Einheitspartei, der Maximalistischen Partei, der Christlichen Volkspartei, auf den Zentralverband der Buchdrucker und auf den Palast des Freimaurer-Ordens. Wo Willkür zur Stelle war, wurde der Angriff abgelehnt, denn die Faschisten haben es nicht, sich mit Bewaffneten auseinandersetzen; Bürgerkrieg führen sie prinzipiell nur gegen Unbewaffnete. Die Siege der Sozialistischen Einheitspartei und der Sozialistischen Partei (Maximalisten) wurden verweigert. Die Lokale der Einheitspartei waren seit der letzten Periode eben neu eingerichtet worden. Alles ist mit dem Gemeinwohl und mit Aufrichtigkeit geräumt worden, die Herren hatten Brandstiftung mitgebracht. Die elektrischen Leitungen wurden abgerissen, Möbelräume, Urchins, Zeitungen und Bücher zu einem Scheiterhaufen geformt und angezündet. Als der Brand das Haus bedrohte, erschien Militär, das der weiteren „Arbeit“ Einhalt tat. Drei Bilder unseres Giacomo Matteotti, von denen eines das Werk eines Künstlers war, wurden auf die Piazza

Colonna geschleppt und da zerlegt. Ueber diese Einzelheiten zu berichten, schämten sich sogar die sozialistischen Blätter, für sie handelt es sich um Bilder von Karl Marx!

Die Tatsachen des Goldminenangriffs waren auch in den anderen Städten dieselben. In Mailand, Bologna, Cremona, Benedig, Foligno hat man Freimaurerlogen vernichtet; in Benedig ist auch die Wohnung des früheren Abgeordneten und Einheitssozialistischen Malatti den Blündern anheimgefallen, außerdem zwei katholische Vereine und eine katholische Knabenorganisation. Die Lokale unseres Zentralorgans, der in Mailand erscheinenden „Giustizia“, wurden vandalisch ausgerichtet, sowohl die der Partei gehörenden Redaktionsräume, als die einem Privaten gehörende Bruderei. In der Verwirklichung ist der Faschismus nicht beirret; mit derselben Brandstiftung jündet er eine Freimaurerloge und ein Oratorium, eine einheitssozialistische Zeitung und die Lokale eines nichtfaschistischen Arbeiterverbandes an.

Sieht man das Fazit dieser Tage, in denen der Faschismus offiziell in tiefer Trauer gekamelt war, so ist zu sagen, daß die Befolgung der Befehle, sich ruhig zu verhalten, von Seiten der Faschisten gleich null war; wenn ihnen nichts entgegengestanden hätte als die Befehle, so wäre halb Italien in Flammen aufgegangen (war doch am Montag Abend der Betätigungsdruck der Arbeiter so weit gediehen, daß sie in Rom ihre eigenen Zeitungen verbrannten, obwohl die meisten so viel lesen können, daß sie ihre Blätter von denen der Opposition unterscheiden!). Wo sie auf Militär stießen, rückten sie aus. Wenn sie in verschiedenen Orten, so bei den Lokalen unseres Parteiverbandes in Rom, niemand vorfanden, darf man wohl glauben, daß es sich um „erwünschte Exzesse“ handelte. Es sind nur zwei Deutungen mit den entsprechenden Folgerungen möglich: entweder wollte die Regierung in allem Ernst die Exzesse vermeiden, dann hat sie in diesen Tagen ihre Unfähigkeit bewiesen; oder sie wollte ihrer Partei durch ein gewisses Maß von Gewalttätigkeiten neuen Respekt verschaffen, dann hat sie bewiesen, daß sie die Rückkehr zur Normalität nicht will.

Wir halten dafür, daß die Regierung sehr stolz gewesen wäre, wenn sie es in diesen Tagen fertiggebracht hätte, etwas wie Ordnung im Lande zu bewahren. Aber den Preis, den dieser Triumph erfordert hätte, wollte sie nicht bezahlen. Die Regierung will die Kaufkraft und Reichtum nicht abdrücken, weil sie darauf rechnet, sie in Zukunft zu brauchen; sie kann sie nicht abdrücken, weil nach drei Jahren kraftvoller Gewalttat das Gros des Faschismus nicht daran denkt, auf sein Privilegium gegenüber den Halbürgern zu verzichten.

Am 16. September hat Mussolini in Neapel wieder eine Rede „zum sozialen Frieden“ gehalten, die übrigens in folgendes Interregnum ausklang, für das jetzt das Publikum drückt: „Wem der Ruhm?“ — Uns: „Wem das Orde?“ — Uns: „Wem Italien?“ — Uns! worauf der Herrführer die Antwort mit einem „Amen“ schloß. Aber auch abgesehen von diesem leeren Schwulst, ist heute mit dem sozialen Frieden durch die Unterordnung der Besiegten unter die Sieger hergestellt; die Opposition will einen Frieden unter Gleichgestellten. Zwischen beiden Auffassungen gibt es keine Vermittlung. Sie finden ihren praktischen Ausdruck in der Beibehaltung oder Abschaffung der faschistischen Miß.

Biel höher als dem Wortschwall von Neapel schlagen wir den Entschluß der Regierung an, die auf den 21. September anberaumten Faschisten ausgereichte in ganz Italien abzulagern; diese Aufgebote sollten die Opposition einschüchtern, aber die Regierung hat noch den Nachgeschmack der Verhöhnung Casattis im Munde und sagt eine Schaustellung ihrer bewaffneten Macht ab, über deren Zwecke die französische Presse Mordgeschichten in Umlauf gesetzt hat. Mussolini hat dadurch der öffentlichen Ordnung einen großen Dienst geleistet.

Es scheint nun aber zum Schicksal jeder Diktatur zu gehören, daß sie um die Zustimmung der Mehrheit wirbt, ohne sich von der Angst zu befreien, die Minderheit, der sie den Aufstieg dankt, gegen sich zu kehren. Während Benito Mussolini in Neapel zum Frieden spricht, fordert sein Bruder Arnaldo in der Mailänder Familienzeitung die Unterdrückung der allzu widerhaarigen Oppositionsblätter und die Aufhebung des Koalitionsrechtes für die staatsfeindlichen Parteien, mit Verhöhnung ihrer Führer! Sind also die raufstüftigen Exzessisten mit der Friedenspalme von Neapel unzufrieden, so kann man sie durch den gleichzeitig von derselben Familie produzierten Knüppel vorführen. Jede Diktatur schließlich einem bürgerlichen Prätorianerrevolte ein. Mussolini teilt seine Besorgnis zwischen der Angst vor dieser und vor der von Tag zu Tag anschwellenden Revolte der öffentlichen Meinung. Seine Politik wird heute von der einen, morgen von der anderen Angst inspiriert, und der Erfolg ist denn auch danach.

Aus aller Welt.

Wieder schwere Straßenschnunfälle in Berlin.

In Spandau ereignete sich gestern auf der Berliner Chaussee an der Ecke der Nonnendammallee ein Zusammenstoß zwischen einer Straßbahn und einem Güterzug, der von Siemensstadt nach Bahnhof Ruhleben fuhr und die Straßbahngasse kreuzen wollte. Die Lokomotive des Zuges fuhr in die Flanke des Straßbahnwagens hinein. Die hintere Plattform wurde bei dem Anstoß fast völlig abgerissen. Die darauf stehenden drei Fahrgäste wurden herabgeschleudert. Eine Frau wurde getötet, eine weitere schwer und mehrere andere Personen leichter verletzt. Die Ursache des Unfalls ist noch nicht geklärt. Die Untersuchung ist eingeleitet.

In der Brunnenstraße, Ecke Volkstraße, in Berlin fiel eine Straßbahn mit dem Belag eines Kastens zusammen. Fünf Fahrgäste der Straßbahn erlitten erhebliche Verletzungen.

Selbstmord wegen jahrelanger Fötung.

In einem Hotel im Westen Berlins hat sich gestern mittag die Gattin eines öffentlichen Bankiers, eine geborene Wienerin, erschossen. Sie hatte am Vormittag mit ihrem Automobil in Wilhelmsdorf einen Autotour überfahren und dieser ist infolge eines Scheiters in Krankenhaus gestorben. Als Frau Tippmann diese Todesnachricht erkannte, brachte sie sich einen Schuß in die Schläfe bei, der den sofortigen Tod zur Folge hatte.

Jepplein kommt voraussichtlich nicht nach Breslau.

Zu der voraussichtlich am Mittwoch beginnenden großen Preisfahrt des Z. R. 3 über Deutschland melden Nachrichten aus Friedrichshafen, daß das Schiff um 7 Uhr morgens aufsteigen und nach 8 Uhr den Kurs nordwärts nehmen wird. Die ungefähre Route ist folgende: Friedrichshafen, St. Gallen, Seidberg, Brackfurt a. M., Glesien, Kassel, Hannover, Hamburg, vielleicht auch Bremen und Flensburg. Dr. Jepplein glaubt, daß das Schiff etwa um 5 Uhr nachmittags in Hamburg sein werde. Bei Einsetzen der Dunkelheit werde das Schiff jedoch nach Osten schwerten und die ganze Nacht über der Ostsee verbleiben. Bei Tagesanbruch wird das Schiff sich über Götting nach Berlin wenden.

wo es etwa zwischen 9 bis 10 Uhr vormittags erwartet werden kann. Von Berlin aus nimmt das Schiff Johann direkten Kurs nach Süden, um über Leipzig, Nürnberg, Ulm wieder den Bodensee zu erreichen.

Hundert Tote bei einem Rinobrand.

In einem Bildtheater in Smyrna brach ein Brand aus, bei dem etwa 100 Personen umgekommen sind. Man glaubt, daß sich auch die Schwägerin Ismet Paschas unter den Toten befindet.

Röntgenstrahlen für den Hausgebrauch.

Wie amerikanische Wälder melden, hat Dr. W. D. Coolidge einer Versammlung von 800 amerikanischen Gelehrten anlässlich der Hundertjahrfeier des Franklin-Instituts einen von ihm konstruierten Apparat vorgeführt, der Röntgenbestrahlungen im Hausgebrauch erlaubt und nur 30 Pfund wiegt. Er kann an eine gewöhnliche elektrische Leitung angeschlossen werden. Dr. Coolidge hat auf die besonderen Vorteile hingewiesen, die dieser Apparat vor allem den Inkubatoren und Elektromechanikern bietet, die mit seiner Hilfe bei ihrer Arbeit Hände und Böden durchleuchten können.

Ein russisches Verbot.

Die russische Regierung hat das öffentliche Preisgeben verboten und überhaupt gegen die Berufsboxer einen grimmigen Kampf eröffnet. Die führenden Sportmänner wollen von dieser „erniedrigenden Art des Sports“ nichts wissen und behaupten, daß die russische Jugend dadurch roh und brutal werde. Die Sportclubs aber wollen sich das Verbot nicht nehmen lassen und erklären, daß der Vorkampf das beste Mittel sei, um junge Männer für die Verteidigung und für den Angriff zu schulen und zu tüchtigen Soldaten zu machen. Nach einem heftigen Kampf in den Zeitungen hat der Moskauer Klub für die Halbesübungen einen Mittelweg eingeschlagen. Öffentliche Kämpfe für Geld sind vollkommen verboten, aber in den Klubs darf geboxt werden, jedoch sind nur Kämpfe von zwei Runden von je zwei Minuten gestattet, und die Boxer dürfen keine Begegnung annehmen.

Eine treffende Bezeichnung.

Der Wortschwall der afrikanischen Kruden, die einen Teil von Liberia bewohnen, ist recht klein; aber für manche Dinge haben sie sich gleichwohl ganz treffende Ausdrücke geschaffen. So bezeichnen sie z. B. das Klavier mit einem kurzen hübsigen Satz und sagen einfach: „Er kämpft mit dem Klavier, dem das Gefährt gehört!“ Und in vielen Fällen könnte man das Klavier spielen denn auch wirklich kaum besser kennzeichnen, als es die guten Kruden tun.

Memorische Krankheiten vor Tausenden von Jahren.

Ueber ägyptische Mumien ist soeben ein umfangreiches egyptisches Werk von Dr. Elliot Smith und R. Dawson erschienen, das die Technik der Einbalsamierung bei den alten Ägyptern einer genauen Untersuchung unterzieht und dabei auch über die ärztlichen Befunde an den Mumien eingehende Mitteilungen macht. Bei allen Untersuchungen, die Herzje in neueren Zeiten an Mumien angestellt haben, sind viele Spuren von Krankheiten festgestellt worden, an denen die Menschheit heute noch leidet. Während indessen kein Fall von Phosphitis oder von venerischen Leiden beobachtet worden ist, finden sich bei den Mumien aus den verschiedensten Perioden zahlreiche Fälle von Steinen; Blasensteine sind bereits bei Mumien der prädynastischen Zeit festgestellt worden. Einer der interessantesten Fälle zeigt ein unvorstellbares Beispiel von echter Gicht; der Kranke war ein älterer Mann mit langem weißem Haar und Bart, der zu einer Christengemeinde in der Nähe des Tempels von Philae gehörte, seine Füße und besonders die großen Zehen zeigten die Merkmale des Leidens sehr deutlich. Am verbreitetsten war in allen Zeiten augenscheinlich die rheumatische Gicht, an der Männer und Frauen von allem Anfang an gelitten haben. Besonders ausführlich beschäftigen sich die Forscher aber mit den Zahnlücken; sie stellen fest, daß viele von den Pharaonen sogar an ganz schrecklichen Zahnschmerzen gelitten haben müssen, ganz besonders der Vater des jetzt so viel genannten Tutanchamun, Amenemhat III. Aus dem Zustand seiner Zähne geht deutlich hervor, daß dieser Pharaon einen akuten Anfall von schweren Zahnschmerzen gehabt haben muß, als er sehr jung verstarb, da er ausgebreitete Abzesse an seinen Zähnen hatte.

Stadttheater.
 Dienstag abend 7 1/2 Uhr:
 „Carmen“
 Mittwoch abend 8 Uhr:
 „Die Abreise“
 „Gianni Schicchi“
 Donnerstag abend 8 Uhr:
 Götterdämmerung

Lobe-Theater
 Dienstag und Mittwoch
 abends 8 Uhr:
 „Dantons Tod“
 Drama v. Georg Büchner

Schauspielhaus
 Operettenbühne
 Tel. Ring 2345.
 Dienstag und Donnerstag,
 8 Uhr:
Gastspiel
EDITH KARIN
 In der Berliner und Wiener
 Original-Ausstattung:
 „Die
 Perlen
 der
 Cleopatra“
 Mittwoch u. Freitag, 8 Uhr:
**Das
 Weib
 im
 Purpur**
 Sonnabend, 8 Uhr:
 Zum 1. Male:
 „Der
 süße
 Kavaliere“
 Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr:
 „Katja, die Tänzerin“

Victoria-
 Theater — 8 Uhr —
 Personen
 unter 20 Jahren
 Reinen Zutritt!
 Gastspiel:
A. Beyerle
Hinkemann
 von Ernst Toller
 Pünktl. erscheinen.
 Nach Anfang
 kein Einlaß.
 Sonntag nachm.
 4 Uhr:
Jou-Jou
 Halbe Preise.

Sie haben
 nur noch
 einige Tage
 Gelegenheit, im
Thalia-
Theater
Verlegte
Nacht
 mit
Stössel
 zu sehen.
 Sonnabend zum
100.
 Male.
 Sonntag zum
 letzten Male.
 Telefon: Ring 6700
 Anfang 8 Uhr!

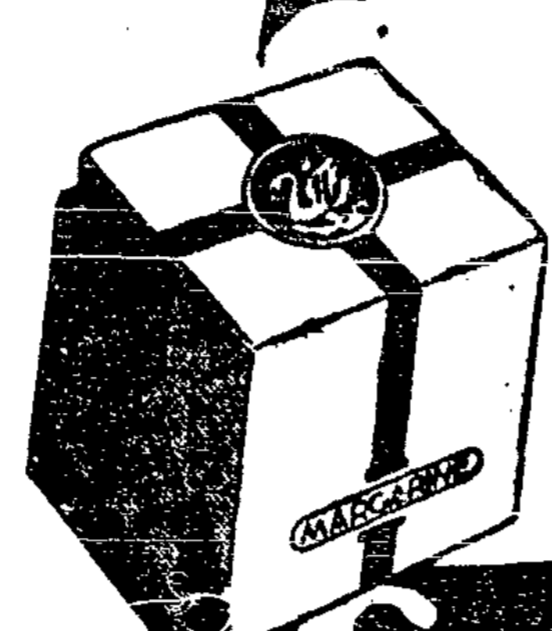
Warburg
 Lichtspiel
 Nur bis
Donnerstag!
Harry Piel
 in seinem größten Sensations-Abenteuer
Menschen und Masken
 II. und Schlussteil:
Ein gefährliches Spiel
 Ganz zwei amerikanische Ersterklassen.

Liebig-
THEATER
 Täglich 8 Uhr:
Internationales
Variété.
 Eintrittspreise
 von 50 Pf. bis 7.— Mk.
Liebig-
Kabarett
 u. **Tanzpalast**
 Täglich 8 1/2 Uhr:
Möglichkeiten
 Revuebilder, Variété,
 das große Programm mit
 Harry
 Lamberts - Paulsen
 Der bekannte Schauspieler
 und Conférencier
 Claire Federn
 Humoristin am Flügel
 Robert Nonnenbruch
 Der rhein. Vortragsmeister
 Im **Tanzpalast**
 tägl. 5-Uhr-TEE
 mit dem großen Tanzprogramm
 u. a.
 Jose Kordeck
 und
 Ritter von Kiewitinski

Victoria-
 Theater — 8 Uhr —
 Personen
 unter 20 Jahren
 Reinen Zutritt!
 Gastspiel:
A. Beyerle
Hinkemann
 von Ernst Toller
 Pünktl. erscheinen.
 Nach Anfang
 kein Einlaß.
 Sonntag nachm.
 4 Uhr:
Jou-Jou
 Halbe Preise.

Singspiel-Halle
Oberhayern
 Gartenstraße 65.
Tränen
 wurden am
 Sonntag gelaicht
 bei den
 Schwarzenberg-
 Sängern.
 Eintrittsp. 30, 50 u. 80 Pf.
 Teilweise elegante
Frach- u. **Mod-**
dinge
H. Mohaupt
 Raslitzstraße 1, L. Tel. 8 1901
 früher Wilhelmsstraße.
Jerusalem Balsam
Pohl & Co., Am Wäcker 5.

Eine Verpackung Ein Preis



Sie können sich nicht irren. „Schwan im Blaубand“ ist nur in einer Packung zu haben und wird in jedem Laden zum gleichen Preise von 50 Pfennig das Halbpfund verkauft. Es besteht also keine Schwierigkeit, beim Einkauf gleich das Beste zu wählen. Die Feinkostmargarine „Schwan im Blaубand“ stellt das Ideal dar, nicht nur wegen der hygienischen Herstellung, sondern auch durch unser Kirsverfahren.

Urteilen Sie selbst durch einen Versuch!

Schwan im Blaубand

frisch
 gekirnt



Fledermaus
Lichtspiele
 Ohlauer Stadtgraben 21.
 Täglich 4 1/2 Uhr, Sonntags 3 Uhr. — Letzte Vorstellung 8 1/2 Uhr.
 Nur noch bis Donnerstag unser
Elite-Programm!

Ein
Zirkusjunge.
 Abenteuerfilm nach dem Roman
 Die Tragödie eines Staatsanwalts.
 5 Akte mit **Lilo Baum**,
 genannt der deutsche
Jackie Coogan.

Ferner:
3 Lachsaven-Filme
 mit dem besten Komiker der Welt:
„Er“ als Aushilfsdiener.
macht alles !!!!!
sagt wahr !!!!!

Druckerei Volkswacht Ausführung
 Breslau 2 aller Drucksachen
 Flurstraße 4/6

Zirkus Busch
 Gebäude. — Täglich 8 Uhr:
6 Ring-Wettkämpfe
 im Mittel- und Schwergewicht.
Heute Dienstag, den 23. September, rippen:
 Kochseda, Bayern gegen Kunst, Elberfeld.
 Wolke, Bremen gegen Loosig, Schlesien.
 Weltmeister Lassartesse gegen Grunwald, Rheinland.
 Weltmeister Jan Jaago, Estland gegen Otto Richter.

Entscheidungskampf
 Frenken, Rheinland
 gegen
Regien Sambucko, Deutsch-Malte

Entscheidungskampf
 Naber, Ostpreußen
 gegen
Weiner, Sachsen.

Wohnungen
Wohnungstausch
 2 schöne, sonnige Zimmer u.
 Badstube, getrenntliegend mit
 Gas, Dhl. Tot, geg. größere
 zu tauschen gesucht. Off. unter
 St. 692 an die Expedition der
 Volkswacht. 8982

Arbeitsmarkt
 Ordentl. Mann (Maurer)
 in kleine Landwirtschaft. 1 u. 2 St.
 A. Klingner, Börsen
 bei Hohenfiedberg. 8980

Keine Angst!
 Der Emaillefir „Lieber Heinrich“ fittet durchgebrannte
 Kochtöpfe, zerbrochene Glas- und Porzellangegenstände
 wieder und feuerfest. 7798
 Haben alle Drogerien.

Blaue Arbeits-
Jacken
 schräg
 oder gerade
Hosen
 in nur 12 Qualitäten
 Kessel- u. Säure-Anzüge
Oskar Dehmel,
 Neumarkt 45 8471

Kostüme 8988
Röde, Mäntel
 fertigt schnell und preiswert
Fr. Steppack Straße 49, 111. 8987

Perf. Maschinen-Strickerinnen
 40 für Innenbetrieb u. 40 für Heimarbeit,
 für Dauerbeschäftigung bei hohem Lohn
 gesucht. 8452
Mechanische Strumpffabrik
Josef Salomon, Ohlauer Str. 9

Fahrradgummi
 Damen- und Herren-Räder
 billig Freiburger Straße 16,
 Ecke Graupenstr. Fahrradhl.

Mehrere tüchtige
Autoladierer
 werden sofort zu dauernder Arbeit eingestellt.
Schlesienwerk, Karosserie-Fabrik
 Liegnitz. 8426

Velour-Hüte
 die große Mode
 in allen Farben
R. Glücksmann
 Carlstraße 52

Achtung!
 Frauen und Mädchen für ein Domium im
 Kreise Treibnis zum Kartoffelstauben sofort
 gesucht. (Abends nach Hause fahren.) Abfahrt
 Mittwoch früh. Meldungen beim
 Arbeitsnachweis der Landwirtschaftskammer
 Breslau, Bahnhofstr. 19, Hof rechts. 8418

Warten Sie mit Ihrem Einkauf
 von Mänteln, Kostümen,
 Kleidern, Blusen etc.
 nur noch kurze Zeit!
 Ich werde zur Eröffnung fabelhafte Vorteile bieten!
Wiemohaus, Reuschestr. 20/21.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 23. September.

Sozialdemokratische Partei.

Staatsbürgerliche Arbeitsgemeinschaft.

Nächster Kurstagabend ist Mittwoch, den 24. September, abends 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus. Es beginnt jetzt der Genelle Regierungsrat Dr. Hamburger.

Engerer Parteivorstand. Außerordentlich wichtige Sitzung morgen abends um 7 Uhr im Zimmer 6 des Gewerkschaftshaus. Niemand darf fehlen!

Bildungsausschuss. Mittwoch, abends 7 1/2 Uhr, gemeinsame Aussprache mit dem engeren Parteivorstand Gewerkschaftshaus, Zimmer 6.

Arbeiterjugend. Wir beteiligen uns vollständig an der Kundgebung des freigezwangslosen Jugendrats gegen das Arbeitsdienstpflichtgesetz im Gewerkschaftshaus (Brotstraßenhaus), abends um 7 1/2 Uhr. In diesem Tage sind sämtliche Veranstaltungen der Heime zu streichen. Die Heime treffen sich um 7 Uhr vor dem Gewerkschaftshaus.

Unser Helferleistung muß in dieser Woche besonderer Schwere wegen ausfallen. Wir verweisen aber schon heute auf die Sitzung am kommenden Dienstag, in der über die Heimsaushilfe zu berichten und über unsere praktische Arbeit gesprochen wird. Die verantwortlichen Vertreter kommen heute abends, pünktlich 7 1/2 Uhr zu einer kurzen Besprechung im Restaurant des Gewerkschaftshaus ankommen.

Arbeiterjugend-Arbeitsloje! Wer sich etwas verdienen will, das sich lohnt, melde sich bis heute abends im Gewerkschaftshaus, Zimmer 25.

Gemeindezuschläge zur Hauszinssteuer?

Durch die zweite Steuerreform sind den Gemeinden Einnahmen entzogen und neue Ausgaben entstanden. Daher wurde ihnen ein Zuschlagsrecht zur Hauszinssteuer gegeben. Der Breslauer Magistrat will dieses Zuschlagsrecht voll ausnützen. Die Stadtverordneten sollen der Erhöhung von 100 Prozent Zuschlag der vorläufigen Steuer vom Grundvermögen zustimmen. Die Steuer, die auf die Mieter umgelegt werden würde, soll in dem halben Jahre vom Oktober bis April 1925 1000000 Mark Reinertrag bringen, was bedeutet, daß die Mieter mit über eine Million Mark für ein halbes Jahr belastet würden.

Wir wollen der Entscheidung der sozialdemokratischen Fraktion nicht vorzuziehen, verweisen aber darauf, daß die am 4. Mai gewählte Bürgermehrheit den Grundvermögenszuschlag von 2000000 Mark jährlich schenken will. Das Zustandekommen einer Vermögenssteuer nach vor dem Krieg wurde unter deutschnationaler Führung sabotiert. Die Vorlage schlingert noch im Ausschuss, und mehrere 100000 Mark den Spekulant allein schon durch die Verzögerung geschont worden. Was die Bürgermehrheit aus der Vorlage am Ende noch machen wird, weiß man bisher noch nicht.

Die sozialdemokratische Fraktion darf diese schamlose Sabotage einer mildlichen gerechten Steuer auf Spekulantengewinn bei ihrer Stellungnahme zur Hauszinssteuer nicht außer Acht lassen.

Um den Hund.

Die Hundsteuer wurde im März dieses Jahres in Breslau für den ersten Hund auf 60 Mark, für den zweiten auf 100 Mark, für den dritten auf 140 Mark festgelegt. Man erwartete damals eine Abnahme der Hunde, deren Zahl sich seit der Kriegszeit fast verdoppelt hatte. Statt dessen hat sich ihre Zahl wieder um 2000 erhöht. Der Magistrat beantragt deshalb eine weitere Erhöhung der Steuer um 20 Mark jährlich. Er will dadurch der Stadt eine Mehreinnahme von über 1000000 Mark verschaffen, und legt im anderen Falle, daß eine Verminderung der Hunde im Interesse der Einschränkung der Tollwut und mit Rücksicht auf die Sauberkeit der Bürgersteige und auf die Erhaltung der Anlagen auf Straßen und Plätzen zu begründen sei.

Den ganzen Sommer über haben die Hunde und ihre Besitzer unter der Sperre gelitten, die nun wieder erneuert verhängt werden mußte. Da hätte man allerdings erwarten sollen, daß sich die Zahl der Hunde, besonders mit Rücksicht auf die Steuer, nicht weiter vermehren würde. Aber die Liebe zwischen Mensch und Tier hat allen Widerwärtigkeiten getrotzt. Ein geradezu tragischer Konflikt zwischen einer berechtigten Meinung und den Interessen des Allgemeinwohls besteht hier. Wenn die Vorlage angenommen wird, zählt Breslau zu den Städten mit der höchsten Hundesteuer. Vermindert wurde unseres Wissens die Zahl der Hunde aber auch in den Städten nicht, die bisher schon die gleiche Steuer hatten.

„Billige Strümpfe“ bei der Städtischen Straßenbahn!

Die Ansicht, daß von irgendwelchen auswärtigen Fabriken die verschiedensten Waren zu angeblich billigen Preisen angeboten werden, besteht auch heute noch, trotzdem wir hier am Orte überall unseren Bedarf je nach Wunsch in Qualität und Quantität decken könnten, wenn nur die notwendigen Mittel vorhanden wären.

Vor einiger Zeit sind durch Beamte eines Nestors bei der städtischen Straßenbahn Strümpfe zum Preise von 60 Pf. angeboten worden, die, nach Qualität geprüft, wenn schon nicht billiger, so aber doch zum selben Preise in jedem Geschäft zu haben sind.

Da aber das Geschäftsschreiben der Firma „Klingner, Strümpfwarenfabrik, Oberkottbus bei Chemnitz, mit einer schwarz-weiß-roten Flagge verziert war, interessierte sich die Arbeiterchaft dafür und stellte fest, daß es sich um einen ziemlich reaktionären Betrieb handelte, der nur jüngere Mädchen, ungefähr 60 an der Zahl, ausbeutet. Männliche Kräfte sind verhältnismäßig wenig vorhanden. Jede Ostern sichert sich die Firma einen neuen Stamm junger Mädchen und erreicht so damit, daß über 24 Jahre alte Beschäftigte nicht im Betriebe sind, mithin kann also auch die Wahl eines Betriebsrates nach den Bestimmungen des BAW. nicht zustande kommen.

So sieht die Arbeitgeberfreundschaft des Unternehmens aus, der aber bei anderen Arbeitern gern seine Ware umsetzen möchte, also geht eure lauren Groschen euren eigenen Einrichtungen oder denen zu verdienen, die es würdig sind.

Daß sich die Kreise der Städtischen Straßenbahn mit solchen Firmen in Verbindung setzen, darf nicht wunder nehmen, frängt doch schon seit einigen Monaten ihr geliebter Herr und Gebieter, seine ehemalige Majestät der Kaiserin Wilhelms II. als Wandbild in ihrem öffentlichen Dienstbüro. Wie das an einer behördlichen Stelle möglich ist, wird vielleicht einmal von dem zuständigen Herrn Dezernenten berichtet werden müssen.

Die Belegschaft dieses Betriebes ist sogar der Auffassung, daß man wohl nach Ansicht der Verwaltung neuerdings der Überwachungsbehörde „Dulus“ die Ausgaben opfern muß, damit die Sicherheit dieses toten Inventars dem lebenden Feindling zu Ehren garantiert ist.

Kinderdankfest.

Eine stille Freude in diesen schmalen, blauen Kindergeheimen, ein dankbarer Blick in den angefüllten fröhlichen Augen, ein Aufleuchten der krankhaft müden Augen: unbewußt mischen sich Anklage und Dank.

Ausgemergelt, dürrig, kochend, körperlich und seelisch heruntergekommen sind diese Proletariatskinder, die ergreifendere Anklage gegen eine Politik, die ein ganzes Volk bis in seinen Nachwuchs verdaubt. Wer glätter wieder diese Züge, in die sich Entbehrung und Bitterkeit gegraben hat? Wer vermag die allzu frühe Erfahrung auszumergen, die diese Kinder ihr Gesicht schon in den ersten Jahren ohne Lieh? Und was ist niederdrückender als ihr schauer Dank für eine Wohltat, die andern selbstverständlich erscheint? Was ist niederdrückender als die Tatsache, daß fremde Hände ihnen geben müssen, was die Heimat ihnen nahm?

15000 Kinder dankten am Sonnabend den Deutsch-Amerikanern und Quäkern für die ungeheure Leistung, die notwendig ist, um jedem einzelnen sein bisheriges Nahrung zu sichern. 15000 Kinder können allein in Breslau in ihrer Familie nicht das Notwendigste finden, um satt zu werden und werden sich, Hilfe suchend, an die Menschfreundlichkeit jenseits unserer Grenzen Trostende Zahlen sind es, wenn wir hören, was das „Ausland“, was unsere ehemaligen Feinde“ im Eifer ihrer Hilfsbereitschaft tun: 27000 Zentner Lebensmittel (Fleisch, Fett, Milch, Zucker, Kaffee, Mehl usw.) landten im letzten Jahre nach Breslau. Aber besser als die Statistik des Ausflusses für Schulkindertage zeigen die Kinderdankfest am Sonnabend, welchen Dank die „Gesellschaft der Freunde“ für die tatkräftige Gesinnung verdient hat, die sie wohl durch vier Weltkriegsjahre gerettet hat.

Die glühende Hochsommerhitze lag auf dem staubigen Sand, dem dürftigen Grün der Volksparkanlage. Schwere erwartungsreicher Kinder, jedes ein Köpchen Kaffee und ein leuchtendes Gläschen vor sich, blühten auf die Reigenlänge der Mädchen, hörten den einfach lächelnden Volkspädagogen zu und lachten zu den vorzüglich kindlichen Berichten der kleinen Redatoren, die auf dem Wunsch hinauswies: „O, wer doch immer qualtern könnte!“ Ein Handwagen fährt in den Hof, drei lustige Jungen darauf. Ein weißgekleidetes Fräulein mit einer spitzen Federkappe, ein schmierig brauner Kastenwagen und ein dick ausgepölkter Herr in einem Saal 2. Jänner Knäuel. Sie freuten sich bitterlich, wer von ihnen am wichtigsten sei; aber sie wußten wohl, was das amerikanische Hilfswort „heute bedient“ und sind sich recht einig in ihrem unbedingten Dank.

Die freudige Zustimmung der kleinen Mädels und Jungen, wenn es galt, die Wohltäter zu grüßen und ihnen zu danken, wird dem menschenfreundlichen Helfern mehr Gewürzung sein als jedes „solitzelle“ Wort.

Heute, abends 7 1/2 Uhr:

Konzert des Arbeiter-Bildungs-Ausschusses.

Programm:

Mozart-Abend des Schlesischen Landesorchesters. Plätze an der Abendkasse zum Preise von 60 Pfennigen einschließlich Programm.

Die Technische Abendsschule

verlängert die Anmeldefrist für neue Teilnehmer bis Freitag, den 26. September.

Zur Teilnahme zugelassen können nur werden, die in der Metallindustrie beschäftigt sind: Arbeiter und Angestellte.

Das Bestehen der Technischen Abendsschule ist, den nach fachlichem und theoretischem Wissen strebenden Arbeitnehmern die Kenntnisse zu vermitteln, die ihnen nicht nur ihre Tätigkeit erleichtern, sondern auch die Möglichkeit verschaffen, den Gesamtarbeitsprozeß denkend zu durchdringen.

Entsprechend der volksschulmäßigen Vorbildung der Gesamtheit unserer Teilnehmer ist die Methode der Lehrgänge so leicht faßlich gehalten, daß jedem mit Durchschnittsintelligenzvermögen Teilnehmen ein Mitkommen in den höheren wissenschaftlichen Fächern möglich ist.

Die Anmeldungen selbst können abendlich in der Zeit von 5 bis 7 Uhr im Zimmer 44 des Gewerkschaftshaus erfolgen, wo auch die näheren Bedingungen zu erfahren sind.

Jedem vorwärtsstrebenden Menschen seien diese Lehrgänge bestens empfohlen.

Soziale Einrichtungen Breslaus.

Das städtische Wohlfahrtsamt schreibt uns: Das vor dem Kriege herausgegebene Verzeichnis der Wohltätigkeits- und Wohlfahrtsanstalten in Breslau ist überholt. Der Krieg und seine Folgen haben neue Einrichtungen ins Leben gerufen und auf die öffentliche Wohlfahrtspflege umwälzend gewirkt. Es hat sich das Bedürfnis nach einem neuen Führer durch die hiesige Wohlfahrtspflege herausgestellt, der alle jetz bestehenden Einrichtungen, Anstalten, Vereine, Stiftungen, Verbände, Ausschüsse stellen usw. umfaßt, die mittelbar oder unmittelbar wohltätigen Zwecken dienen.

Wir haben uns zur Aufgabe gestellt, einen neuen Führer durch die Wohlfahrtspflege herauszugeben und werden in unserer Anstaltstelle, Schubbrücke 36, zu ebener Erde, Vorbrude ausgeben, die als Unterlagen bei der Bearbeitung des neuen Führers dienen. Alle sozialen Einrichtungen Breslaus werden gebeten, diesen Vorbrude auszufüllen und bis zum 1. Oktober dieses Jahres an die bezeichnete Stelle zurückzugeben zu lassen und so dazu beizutragen, daß der Führer vollständig wird und seinen Zweck erfüllt, Wegweiser und Berater für Behörden und Bürger zu sein.

Von den Arbeiterkinderfreunden.

Liebe Eltern und Freunde! Unsere Schmetterling Gruppe veranstaltet morgen, abends 7 1/2 Uhr, im Zimmer 12 des Gewerkschaftshaus ihre erste Elternversammlung. Wie wollen euch etwas über unsere Arbeit mit den Kindern erzählen und euch Ratschläge für schöne, zweckmäßige und billige Kindererziehung geben. Daß ihr Eltern alle kommt, ist uns selbstverständlich, aber auch ihr Förderer sollt uns nicht nur materiell unterstützen, sondern auch mit euren Erfahrungen helfen.

Werdet Samariter!

Nichts kennzeichnet den alle übrigen Vebewesen überragenden Menschen besser als der Drang, seinem vernünftigen Mitmenschen zu helfen. Seine Schmerzen zu lindern oder gar völlig zu beseitigen, ist ein edles Menschenvermögen. Gerade die organisierte Arbeiterbewegung sollte jede sich bietende Gelegenheit ergreifen, um das Können und Wissen zu erwerben, das für die Ausübung der ersten Hilfe bei Unfällen erforderlich ist. Die Arbeiterkindervereine veranstalten in Kürze neue Samariterkurse. Die Kurse sind ge-

meinschaftlich für männliche und weibliche Teilnehmer statt. Für Jugendliche ist ein besonderer Kursus vorgesehen. Anmeldungen zu den Kursen können im nächsten Rechnungsabend der Arbeiterkindervereine am Donnerstag in der Erbauungshalle der Monisthischen Gemeinde, Grünstraße 14/16, erfolgen.

Die juristische Sprechstunde

findet in dieser Woche Mittwoch, den 24. September, nachmittags von 4 1/2 bis 5 1/2 Uhr, und Sonnabend, den 27. September, nachmittags von 4 1/2 bis 5 1/2 Uhr statt. Eingang Grünstraße 40. Es wird nur Rechtsanwältin, und zwar gegen Vorlegung der Abkommensquittung, erteilt. Schriftsätze werden nicht angelegt.

Berammlung der Arbeitslosen.

Die Arbeitslosen Breslaus hatten sich am Sonnabend vor-mittag in sehr großer Zahl im „Zentral-Kaffeeaal“ versammelt, um den Bericht über den Erfolg der zur letzten Stadtverordnetenwahl gehaltenen Anträge, betreffend die Zahlung der Mietel für die Erwerbslosen durch die Kommune entgegen zu nehmen. Der Versammlung wohnte als Vertreter der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion, Genosse Widerra bei. Den Bericht über die Stellung der verschiedenen Stadtverordnetenfraktionen zu den Anträgen der Arbeitslosen erstattete der Eisenbahner Kiedel. Kiedel betonte, daß die Anträge, „wonach sowohl die rückständigen Mieten der Arbeitslosen, als auch die laufenden Mieten von der Kommune direkt an die Hausbesitzer zu zahlen seien“ sowohl dem Oberbürgermeister, als auch dem Magistrat und allen Stadtverordnetenfraktionen übermittelt wurden. Der Magistrat habe in einem Schreiben auf die beschränkten Mittel der Stadt hingewiesen und erühd, in den einzelnen Fällen die Wohnjahrsfürsorge in Anspruch zu nehmen. Bekanntlich konnte in der Stadtverordnetenwahl keine Kommission empfangen werden, da dies gegen die Städteordnung verstößt hätte. Um aber den Arbeitslosen schnell zu helfen, hatte die SPD einen Antrag eingebracht, daß alle von Arbeitslosen eingehenden Anträge um Unterstützung wohlwollend geprüft und nach Möglichkeit gegeben werden möge.

Der Berichtshalter sprach den Wunsch aus, daß der Magistrat sich zum kommenden Winter der Arbeitslosen annehmen möge, schon um eine Garantie für die Ruhe und den Frieden in unserer Stadt zu haben. Die einzelnen Arbeitslosen empfahl er, zurück zu gehen in die Gewerkschaften und hier mitzuarbeiten, damit die Arbeiterchaft wieder eine große geschlossene Masse bildet, dann wird auch den Arbeitslosen geholfen werden.

In einer langen Aussprache wurde Klage über verschiedene Hauswirte geführt, die kein Verständnis für die Not der Arbeitslosen haben. Besonders empört aber waren die Versammelten über die Damen, die als Ermittlerinnen zu den Arbeitslosen kommen und hier im Hause, unter völliger Außerachtlassung jeder Disziplin, Erkundigungen einziehen, so daß oftmals das weitere Fortkommen des betreffenden Arbeitslosen gefährdet ist.

Genosse Widerra betonte, daß die Anträge der Arbeitslosen durchaus berechtigt seien, doch sie mögen nicht vergessen, daß die Sozialdemokraten gegenwärtig weder im Stadtparlament noch im Magistrat die Mehrheit haben. Viele Arbeiter haben bei der Wahl ihre Stimme Parteien gegeben, die ihren Interessen jetzt direkt ins Gesicht schlagen. Möge die Arbeiterchaft für die Zukunft daraus lernen. Soweit es in der Macht der sozialdemokratischen Fraktion steht, wird diese dafür eintreten, daß die Arbeitslosen auf irgend eine Art aus der Not herauskommen.

Der völkisch-soziale Herr Schuler versprach, in der nächsten Stadtverordnetenwahl entsprechende Anträge einzubringen, um den Arbeitslosen zu helfen, wie die Mittel dazu beschafft werden sollen, könnte er im Augenblick noch nicht sagen.

Am Schluß der Versammlung wurden eine Anzahl Entschlüsse angenommen, die unter anderem an den Magistrat die Forderung stellen, Mittel zur Beschaffung von Winterkohle und Kartoffeln für die Arbeitslosen ohne Einschränkung zur Verfügung zu stellen. Ferner wurde verlangt, daß dem früheren Kaiser keine Gelder mehr gezahlt und Schloßer und Burgen den Wohnungslosen zur Verfügung gestellt werden. Schließlich wurde beantragt, daß zu den Sitzungen des Bezirksvorstehers und Armenpflegers, Mitglieder des Arbeitslosenteates hinzugezogen werden. Einige Arbeitslose waren der Meinung, daß Genosse Kiedel sein Amt im Unterausschuss niederlegen solle, da er als Angestellter der Gewerkschaft nicht genügend Zeit für die Arbeitslosen habe. — Die Anträge betreffend der Miete wurden aufrechterhalten.

Die Anstellung der Straßenbahner

bildete den Gegenstand eines Privatklageverfahrens, das soeben am hiesigen Amtsgericht zur Entscheidung gelangt ist. In einer Versammlung, die vor den letzten Betriebsratswahlen der Straßenbahn stattgefunden hatte, übte in der Distriktsion der Straßenbahnschaffner Ernst Mälzer, der Mitglied des christlichen Verbandes ist, das alle Märken auf der Deutsche Verkehrs-bund wolle garmicht, daß die hiesigen Straßenbahner aus dem bisherigen Verhältnis als Arbeiter in das Angestelltenverhältnis übernommen würden und er behauptete ferner, daß Genosse Stabrat Senf, 1. Vorsitzender des Verkehrsbundes, in einer Kommissions-sitzung des Magistrats sich ausdrücklich gegen die Anstellung der Straßenbahner auf Privatlagervertrag ausgesprochen habe. Mälzer behauptete, diese Mitteilung von dem Stadtverordneten Paul (Zentrum) erhalten zu haben. Stadtverordneter Paul, der in der Gerichtsverhandlung als Zeuge vernommen wurde, bestritt ausdrücklich, daß er von dem Genossen Stabrat Senf niemals eine derartige Äußerung gehört habe, und daß er deswegen auch niemals behauptet oder mitgeteilt habe, daß Senf sich in dem erwähnten Sinne geäußert hätte. Mälzer war auch in der Verhandlung bestrebt, die ihm zur Last gelegte Äußerung nach Möglichkeit abzulschwächen und erklärte auch ausdrücklich, er könne nicht behaupten, daß Genosse Senf niemals gegen die Anstellung der Straßenbahner sich geäußert hätte.

Der Einzelrichter des Amtsgerichts billigte dem Angeklagten Mälzer den Schutz der Wahrnehmung berechtigter Interessen zu, weil er die Äußerung in einer Versammlung vor der Wahl der Betriebsräte getan hatte und weil Mälzer selbst auf einer der Wahllisten Spitzenkandidat war. Das Gericht stellte aber nach den Ausführungen des Genossen, Rechtsanwalt Bandmann, des Bestandes des Genossen Senf, ausdrücklich fest, daß die Beweisaufnahme auch nicht den mindesten Anhalt dafür gegeben habe, daß Genosse Stabrat Senf jemals irgend etwas getan oder geäußert hätte, was gegen die Aufnahme der Straßenbahner als Angestellte gerichtet gewesen sei.

Gegen die lediglich aus Rechtsgründen erfolgte Freisprechung des Mälzer ist übrigens seitens des Rechtsbeistandes des Genossen Stabrat Senf Revision eingelegt worden.

Briefkasten.

Allen Anfragen muß eine Bezugsquittung beiliegen. Bezugsquittungen erhalten unsere Leser auf Verlangen von den Trägern oder Abgerimten, die Postbesucher haben die Postzustellung beizulegen. Sprechstunden von 5-6 Uhr nachmittags.

W. P. Unter diesen Umständen brauchen Sie die Treppenbereinigung nicht mehr auszuführen, müssen aber dem Wirt für die eine besondere Vergütung bezahlen.

Am Gewerbe...

Nicht vermittelte Verhältnis: Ich bin bei der Firma... Die Firma besteht oder bestand erst... wer eigentlich Inhaber der Firma ist...

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Was kann der Republikaner tun?

Die Frage hat zur Vorbedingung eine andere: Was führt die Republikaner im Reichsbanner annehmen? — Das Interesse an der Erhaltung der Staatsform...

Die Reichsbanner wurden auf den Rittersgütern untergebracht. Die Stahlhelmleute finden trotz Wirtschaften bei ihren Arbeitgeberkreisen Arbeit...

Drücken in kleinen Provinzialstädten sammelt der Stahlhelm von Zeit zu Zeit keine Männer zur Abhaltung „Deutscher Tage“...

Die Beschlüsse der „Schlesischen Volksstimme“ und der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“ die Reichsbannerleute erhalten...

Wählen die Feilen Erfolg haben, das ist mein Wunsch. Staat und Volk werden dadurch gefördert und das Wirtschaftsleben wird den Gang nehmen, den wir alle wünschen.

Freiwerkerschaftliches Jugendkatechismus.

Donnerstag, den 25. September, bleiben die Feine geschlossen. Alles geht in unsere öffentliche Jugendversammlung bei Czern, „Wratistawia“, Mauritiustplatz. Um 7 Uhr dort sein.

Für Sonntag erfolgt noch Bekanntmachung. 3. d. V. Mittwoch, den 24. September: Arbeitsgemeinschaft des Kollegen Kremler: „Was ist Bodenreform?“, Zimmer 9, Gewerkschaftshaus.

Sonntag keine Fahrt nach Bresla. Wir nehmen an einer Veranstaltung teil, zu der näheres noch bekanntgegeben wird.

Montag Stadt, Jugendheim: Übungsabend. Mittwochsabend und Ständchen. Sonntag Ausflug nach dem Schloßpark. Treffpunkt 1/2 Uhr Königsplatz. Montag 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus Versammlung der Jugendabteilung. Holzarbeiter-Jugend. Mittwoch 1/2 Uhr: Funktionäre im Büro. Metallarbeiter-Jugend. Mittwoch 1/2 Uhr: Funktionäre im Holzarbeiter-Büro. Dienstag und Mittwoch trifft sich jeder Kollege um 8 Uhr am Gewerkschaftshaus zur Flugblattverteilung. Die Arbeiterskolonne trifft sich Dienstag.

Die Arbeitsdienstpfllicht droht!

Der Kapitalismus aller Länder sucht nach neuen Ausbeutungsmöglichkeiten, sucht nach neuen Herrschaftsformen über das Proletariat. Da suchte in den „belegten“ Ländern ein neuer Gedanke auf, der der Arbeitsdienstpfllicht. Ihr Räubers und Wunders, ihr alle sollt ein oder zwei Jahre für den „Staat“ (des Kapital) arbeiten, sollt in blindem Kadavergehorsam ohne nennenswerthes Entgelt eure Arbeitskraft zur Verfügung stellen. Was bedeutet das. Verblühte (aber zweck erfüllende) Wiedereinführung des preussischen Militarismus. Streikbrecher sollt ihr sein bei Streiks und Ausperrungen und noch etwas erhofft man dadurch. Ein Kell soll in die Arbeiterschaft getrieben werden. Eine Klut soll zwischen der alten Generation und der jungen, die die Lebensbedingungen der alten verschlimmern helfen muß, entstehen usw. Wollt ihr das? Besonders akut ist die Frage nach Annahme des Sachverständigen-Gutachtens geworden, jetzt beginnt der Kampf um die Verteilung, in den auch wir hineingezogen werden. Ihr Burden und Mühsal einer Perle, erscheint alle am Donnerstag, den 25. September, abends 8 Uhr, in der öffentlichen Protestversammlung des freiwerkerschaftlichen Jugendkatechismus im Gewerkschaftshaus, „Wratistawia“, Mauritiustplatz. Zeigt, daß ihr den Kampf führen wollt gegen die Verschlechterung eurer Lebensbedingungen.

Arbeitsplan der Breslauer Arbeiterjugend

- in der Woche vom 23.—29. September.
Heim 1 (Städtisches Jugendheim, Rathhausplatz). Dienstag: Schlesischer Abend. Freitag: Volkstanzabend. Sonntag: Fahrt.
Heim 2 (Offener Schule). Freitag: „Was ist Sozialismus?“ Sonntag: Fahrt.
Heim 3 (Wartplatz-Lage), Martinststraße. Freitag: Programm-Besprechung. Sonntag: Wanderung nach Deutsch-Wilfa.
Heim 4 (Reichstraße, Schulhaus). Freitag: Frageabend. Sonntag: Probe für den Elternabend.
Heim 5 (Schulhaus, Berliner Straße). Freitag: Lesabend (Suden und Madel). Sonntag: Schnitztag.
Heim 6 (Eigenheim, Promnitzstraße). Dienstag: Vortrag (Pflichten der Funktionäre). Donnerstag: Freie Aussprache. Sonntag: Fahrt.
Heim 7 (Eisenbahn-Gemeinschaft, Kretschmerstraße). Donnerstag: Unterhaltungsabend der Partei. Sonntag: Fahrt nach Domaszyn.
Heim 8 (Freiwerkerschaft, abends: Volkstanz).
Heim 9 (Wratistawia). Freitag: Mitgliederversammlung. Sonntag: Heimabend.

- Heim 10 (Kretschmerstraße). Freitag: Gefeelligkeit. Sonntag: Fahrt nach Jochen.
Heim 11 (Kretschmerstraße). Freitag: Gefeelligkeit. Sonntag: Fahrt nach Jochen.
Heim 12 (Kretschmerstraße). Freitag: Frageabend. Sonntag: Vortrag.
Heim 13 (Kretschmerstraße). Freitag: Mitglieder-Versammlung. Sonntag: Volkstanz.
Heim 14 (Kretschmerstraße). Freitag: Regitationsabend. Sonntag: Schnitztag.
Mittwoch: Jungmännerchor (Kretschmerstraße Schulhaus).
Donnerstag: Teilnahme an der Kundgebung in dem Gewerkschaftshaus „Wratistawia“.

* Nils Bosh, der dänische Communistlehrer, führt Sonntag, den 27. September, abends 7 Uhr, je zwölf seiner Schüler und Schülerinnen vor. (Lage Jüterbog)
* Deutscher Verkehrsband. Donnerstag, den 25. September, abends 7 1/2 Uhr: Mitgliederversammlung im Saale des Gewerkschaftshaus. (Lage Jüterbog)
* Der Arbeiter-Exerzieren-Bund macht sämtliche Interessenten auf seinen Donnerstag, den 2. Oktober, abends 8 Uhr, im Schulgebäude Minoritenhof, Dortheimstraße, beginnenden Exerzieren-Kursus aufmerksam. Preis des Kurses einschließlich des 120 Seiten starken, reich illustrierten, dem Studium angepaßten Lehrbuches, 5 Mark, die auch ratenweise bezahlt werden können.

* Ringkampf im Circus Wals. Am Montag nach es im Circus Wals einen großen Tag. Das Haus war von oben bis unten gefüllt, denn die großen Kanonen aus dem Schwergewicht gaben sich ein Testen, und dabei wollen alle diejenigen sein, die von der Jung etwas verstehen. Dabei muß immer wieder hervorzuheben werden, daß der Ringkampf nirgends besser ausgeht als bei der Mittelgewichtsklasse. Nachschonend die M. Klasse aus der Schwergewichtsklasse: 1. Carl und Sieger über Halman; 2. Schwarz über Gerhardt; 3. Richter über 30 Minuten ununterbrochen. Mittelschwer: 4. Kunst über Reuter; 5. Kottke über Aldermann; 6. Entscheidungskampf Wehler über Stegmann.

Breslau (Land)-Neumarkt.

Matth. Vereinigte Juckerarbeiten Matth. Dierdorf. Wiederum hat sich in der Juckerarbeiten ein Zusammenstoß vollzogen. Die beiden benachbarten, auf gemeinsamen Grundstücken aufgebauten Juckerarbeiten Matth. und Dierdorf, welche beide G. m. b. H. sind, haben sich zu einer Gesellschaft „Vereinigte Juckerarbeiten Matth. Dierdorf“ mit dem Sitz in Matthei zusammengeschlossen. Die alten Juckerarbeiten und Firmen bleiben bestehen, sie begeben sich aber nach außen hin des selbständigen Auftretens. In Zukunft werden alle Geschäfte durch die Spandauer-Gesellschaft in Matthei ausgeführt. Der neuen Gesellschaft stehen 25- bis 300000 Mark zur Verfügung. Die Verwaltung befindet sich in Matthei.

Aus Schlesien.

Grödel. Massenvergiftungen sind, wie das „Schlesische Tageblatt“ erzählt, dieser Tage unter der Arbeiterklasse der Grödelwerke von M. Sch. vorgekommen. Nach dem Genuss von Milch und gewaschenem Brot, welches zum zweiten Frühstück erkrankten gegen 50 Arbeiter zum Teil in bedauerlicher Weise. Keine brachten den Erkrankten sofortige Hilfe, jedoch Menschenleben nicht zu beklagen sind. Die Untersuchung ist eingeleitet. Die Fleischwaren hatte ein auswärtiger Fleischhändler geliefert.

Prinzenau. Räumung der Bienenlager in der Heide. Nachdem die Heide verblüht hat, sind in der letzten Woche die Bienenlager geräumt worden. Seit 1000 Bienenstöcke hat die Prinzenauer Heide in diesem Sommer erndtet, und zwar mit gutem Erfolge. Die Heideernte war von schönem Wetter begünstigt, so daß die Immen fleißig eintragen konnten. Der Honigertrag dürfte sich nach Angaben aus Imkerkreisen durchschnittlich auf 10 Pfund pro Volk stellen.

Striegau. Eine großartige Säenfung an die Arbeiterjugend. In der am Dienstag stattgefundenen Stadtverordnetenversammlung wurde beschlossen, dem Lande eine verbande Schließen der Arbeiterjugend ein 5000 Quadratmeter große Fläche auf dem früheren Exerzierplatz zu spenden. Der Verband beschließt, auf dieser Stelle ein Jugendheim bzw. eine Jugendherberge zu errichten, mußte sich jedoch vertraglich verpflichten, in demselben keine parteipolitischen Veranstaltungen zu unternehmen, sowie die Räume des Heims unterschiedslos allen Jugendverbänden, gleichviel welcher politischen oder konfessionellen Art, offen zu halten. Im Falle der Auflösung des Verbandes oder des Verkaufes des Geländes scheidet sich die Stadt das Vorkaufsrecht und die Zurückerstattung des Geländes. Der Vertrag wurde einstimmig angenommen.

Sagan. Bestrafter Be. rug. Der Chauffeur, welcher, wie früher berichtet, sich bei einer Verlesung in den Besitz der beiden Hauptgewinne (Motorrad und Damenrad) zu legen wußte, ist nun deswegen zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt worden. Er hatte an der von ihm gefahrenen Postkutsche die beiden Hauptgewinne mit Frauengarnen befestigt und sich so die Gewinne gesichert.

Doppeln. Wegfall im Schupokommando. Polizeioberst Soffner, Stadtschiff der Schupokommando-Oberleitung bei der hiesigen Regierung, ist zum Nachfolger des in den Ruhestand tretenden Kommandeurs der Schupokommando im Bezirk Weutchen, Gleiwitz, Hindenburg, Polizeioberst Egner, ernannt worden.

Stroh-Streit. Word in Sucho. Dank. Der 18jährige Arbeiter Paul Gawlik erlitt am Mittwoch in der Mittagszeit die 10jährige Arbeiterin Anna Wronka in der öffentlichen Wohnung. Mit durchgehender Zeit fanden die Eltern ihr Kind in einer Blutlache liegend vor. Sie gab noch schwache Lebenszeichen von sich und verschied bald darauf. Was die Beweggründe zu dieser grausigen Mordtat waren oder ob ein Unglücksfall vorliegt, wird die eingeleitete Untersuchung ergeben. Der Täter ist geflüchtet. Augenzeugen haben die Tat selber nicht beobachtet.

Königsgrube. Töbliche Folgen einer Unfälle. Ueberfahren und getötet wurde in der Heidenstraße ein sechs-jähriges Kind. Dasselbe hatte sich an einen Wagen angehängt und sprang gerade in dem Moment ab, als ein Motorradfahrer und ein Auto sich hinter dem Wagen befanden. Das Kind wurde von dem Motorrad überfahren und war sofort tot.

Beuten. Der polnische Staatsanwalt gegen die sozialistische Presse. Ein Protest gegen die Zustände in den polnischen Gefängnissen erließen von Herrlot, Painlevo und Doumergue unterzeichnet, in der Pariser „Ere Nouvelle“. Während der polnische Justizminister daraufhin eine Untersuchungskommission einsetzte, schickte sich die Rationier Staatsanwaltschaft bemüht, gegen unser Parteiblatt, den „Bolschewiken“, der den Protest abgedruckt hatte, wegen Verächtlichmachung des Staates Anklage zu erheben. Der Vertreter der Anklage sprach in den bekannten Tönen von Staatstreue und „antipolnischen“ Tendenzen. Unsere Genossen erlangen mit ihrer Verteidigung gegen diesen Phrasenangriff einen vollen Erfolg und mußten sehr zum Missfallen des Herrn Staatsanwalts freigesprochen werden.

Beuten. Oberbürgermeister Stephan gestorben. Sonntagabend vormittag verschied unerwartet Oberbürgermeister Stephan. Noch am Dienstag hatte er die Geschäfte der Stadt geleitet, bis ihn eine heftige Erkältung aufs Krankenbett warf. Freitag trat Scharlach hinzu. Stadt und Kreis Beuten bedauern in dem erst 39jährigen Toten einen ersten und energischen Kommunalpolitiker.

Stadt-Theater. „Die Wälfäre.“

Die besten Wirkungen des Abends gingen vom Orchester und einer Saiten aus. Letztere spielte seine Meister zu schwingendem Spiel an. Martha Gelle, die Stieglitz, entfaltete in jeder Hinsicht. In ihr hat die Intendanz eine seltene Kraft gewonnen. Ihre bisherigen Leistungen bei uns stellen sie diesem in den Schatten. Das selbst in der hohen Lage des Organs, selbst bei dem Organ erreicht, unterstützt von einer wohlgeübten, selbstbestimmten, anmutenden Ausprache, instrumentale Gleichförmigkeit. Als Stieglitz gab Aboli Völligen nicht mehr und nicht weniger als in den wiederholt gewürdigten früheren Aufführungen. Allerdings war die Reihung-Szene diesmal noch früher angefallen. Das zu deutliche Unterscheiden der betonten von den unbetonten Stellen, was geistig auf harter Musikkunst, anrührende Anwendung an bellende Klänge machen. Eine ausgezeichnete Wälfäre ist Maria Saksinaer, maßlos bis auf das leichte Klaffen in ungewohnten Fortschritte. Richard Groß fand im „Mischel“ Gelegenheit zu weicherem Gesänge, die Gestaltung war diesmal besonders würdevoll. Es wurde dem Eindruck dieser Gestalt nicht verwehrt, wenn sie auch nicht imstande wäre, durch Ungleichförmigkeit, Freude zu fesseln. Maria Dannenberg war noch ungewisser als am Vorabend, immerhin anerkennend, daß sie dennoch gelanglich auf der Höhe war. Den Hunding sang Rudolph Wille, fspj. Der Wälfäre-Chor war sehr mit einem Gesamteindruck begünstigt; die Harmonie war ungetrübt. Eine markante Leistung vollendete die Schlußszenen, die hier nicht zu übersehen. Das Spiel hielt sich auf die mitunter sehr leistungsfähige Allegro auf der Höhe; selbst in Wälfäre blühten die Wälfäre, anrührendes gewandt haben. Der Feuergeber war eine Augenweide. Der Beifall des ausverkauften Hauses war enthusiastisch; man wiederholte den Intendanten herbei.

„Das Ringel.“

Die Aufführung des „Ringel“ gibt mit die beste Gelegenheit zur Anwendung der neuen Bühnentechniken und illuminierten Vorrichtungen unserer Oper. Der Vorabend brachte einige Neuerungen. Lage ist außer dem Charakteristischen, wodurch Feuergeistesgewand in ein lebendiges, flackerndes, glühendes Licht schließt. In der Darstellung des Himmels mit der äußeren natürlichen Wälfäre werden prachtvolle Leistungen erzielt. Sitzgelegenheiten eine günstigere Beleuchtung in der ersten (Reihe) Szene injizieren zu wünschen, als die Gestalt des Wälfäre, wenn sie nur in Umrisse erkennbar ist. Der unter T. L. S. G. sammlung stehenden Aufführung ist bezüglich des Zusammenwirkens aller Kräfte das Beste nachzukommen. Den Wälfäre lang, wie immer maßlos und gut namentlich, Richard Groß; von der mitunter roh erzielenden gelanglichen, selbst Sprachliche Breite läßt er noch immer nicht ab. Maria Dannenberg sorgte die Fülle mit ihrem wohlwollenden Organ und einer würdevollen Darstellung, zu der ihr besonders ihre aufrechte Gestalt verhalf, wurde indessen im Vortrage hier und da etwas einlässig und war offenbar textlich nicht genügend informiert; auch ist das zu auffällige Hasten am Dirigentenstab nicht angangig. Den Wälfäre gab Carl Rudow gut durchdacht und bereicherte der Lärmappens und Ringelene selten ausdrucksreiche Gestaltung. Fritz Marz war ein höchst interessanter, in dieser Art vollendeter Loge, Hauschild's Wälfäre eine dem Ganzen gut eingepaßte Leistung. Für die Reintüchler hatte man die Damen Volkner, Mirzow und Oden anzufragen, die ihrer schwierigen Aufgabe mader gerecht wurden. In kleineren Partien be-währten sich die Damen Grauch und Hueber und die Herren Willekopf, Andra, Reichaus und Witt. Auf die Aus-jurade wurde von allen Seiten wenig Wert gesetzt; es gehörte nicht zu den Seltenheiten, wenn z. B. statt von der „Lust“, von der „Lust“, hat von einem „Schmud“, von einem „Schmud“, die Rede war. Das Orchester war begünstigt bei der Sache. Das selbst ausverkaufte Haus war sehr beifällig. W. S.—der.

Konzerte.

Kammermusik-Abend.

Die Trio-Vereinigung von Mathilde Firsch-Kaufmann (Klavier) und den Professoren R. Bärtl (Violine) und Georg Wille (Viola) verlegt über technisch einwandfreie, in der planmäßigen Verteilung virtuose Virtuosen. Somit war die sichere Beherrschung der beiden schwierigen Trios, Schubert-Bücher Op. 99 und Smetana (Amoli, in dem im Kammermusik-Kreis fast ungeschätzten Konzert gewöhnlich. Daß die Vorträge keine Wärme ausströmten und nur als edle, aber im Technischen verharrende Musikstücke empfunden wurden, liegt daran, daß die Künstler wohl aufeinander „eingespielt“ sind, der völligen Verschmelzung ihrer Auffassungen aber entbehren. Wenn man nun noch in Betracht zieht, daß Wille, dank seines tiefen Empfindungsreichtums, in scharfem Gegensatz zu der energiegelben Geige Bärtl's und dem stets plastischen Klavierwerk Firsch, läßt sich der Mangel an vollendeter Einheitslichkeit unweiger erkennen. Den einzelnen Werken wurde indessen so viel abgewonnen, daß sie ungeschwächt interessiert und gute Eindrücke hinterließen. Smetanas temperamentvolle, klassische Vorträge vorzuziehen Komposition wurde in allen Teilen sehr gewissenhaft wieder gegeben, wo es auf technische Meisterleistungen ankam, besonders Firsch behandelte. Eine erlangte Sonate für Cello und Klavier des Liszt von Dohnanyi, ein gut nicht „moderates“ Rabinowitsch, vereinte die Kunst eines sehr beachtlichen, an Einklingen reich, genialen Komponisten mit dem leidenschaftlichen Gesange des Cellisten und der fein abgestuften Begleitung. Im Schlußstück Trio hätte das Allegro moderato eine deutlichere rhythmische Herausarbeitung vertragen können, während die anderen beiden Teile, insbesondere das Andante, so sehr hübschem Ausdruck kamen. W. S.—der.

Sehte Wetternachrichten.

Table with columns: Datum, Temperatur (heut früh, Max., Min., seit 24 Stunden), Wind, Nieder-schlag, Wetter. Rows include Kriem, Schmetz, Schmetz, Grünberg, Gellig, Beuthen, Kriem.

Das morgige Wetter.

(Wetterlage der Wetterwarte Kriem bei Redaktionschluss.) Der Einbruch der kalten Luft erfolgte in Schlesien unerwartet schnell, schon in den gestrigen Abendstunden, teilweise mit Gewitterbegleitung. Das gestern über Frankreich gelegene Hochgebiet ist rasch nach Holland weitergezogen. Das Abkühlen der kalten Luftmassen führte zu rascher Aufhellung. Eine neue Störung im Westen dürfte sich zu vorübergehender Trübung Anlaß geben. Im Allgemeinen wird der hellere herbstliche Witterungscharakter dauern. Nachts wird es sehr kühl.

Parteilosen und Genossen werbt ständig für die Volkswacht!

Jugend

Mädchenkurse der Schlessischen Sozialistischen Arbeiterjugend.

Die geistige Förderung des Mädchens muß mit einer der vornehmsten Aufgaben sozialistischer Jugendbewegung sein. Denn nicht nur die Vergangenheit hat durch Jahrhunderte die Frau in eine untergeordnete Stellung gedrängt und ihre freie Entwicklung verhindert, sondern noch unsere Tage haben in Bezug auf das weibliche Geschlecht nichts als Unterdrückung und Minderwertung übrig. Es ist hohe Zeit, daß sich als Ergebnis sozialistischer Aufklärung von gleichen Rechten alles dessen, was Menschenwürde trägt, auch eine andere Wertung der Frau durchsetzt und ihr die Möglichkeiten freier Entwicklung erschlossen werden.

Wenn die sozialistische Arbeiterjugend dieser Verpflichtung nachkommen will, geschieht das am besten in besonderen Mädchenkursen: zunächst sind die Mädchen dabei für einige Zeit einmal aller drückenden Verpflichtungen der Erwerbs- und Hausarbeit ledig, weiter aber wird ihnen im Kreise von Gesinnungsgenossinnen am besten die Möglichkeit, aus sich heraus zu gehen, Sicherheit und Festigkeit der Anschauung zu gewinnen.

Zur ersten Schicht Mädchen fanden vom 4.-10. September zwei Kurse statt, die je vier Tage dauerten. Der Bezirk Breslau entsandte 20 Teilnehmerinnen in seine Hauptstadt, während der Bezirk 21 auf 22 Mädchen aus den verschiedenen Orten in Silesien zusammenstellte. Zur Durchführung war vornehmlich 1. „Die Frau in ihrer gesellschaftlichen Entwicklung“, 2. „Im Erwerbeseben und Beruf“, 3. Hygienische Forderungen für die Frau, 4. Nationales Hauswirtschaftslehre. Jeden Tag wurde eines der Themen in sechs Stunden durchgearbeitet. Freizeit konnte zu den verschiedensten Besichtigungen verwendet werden. Hier bei Breslau durch seine Kunstschule und Kunststätten durch die Vorbildlichkeit seiner Einrichtungen wertvolles Material. Mit kostenloser Unterbringung hatte die Freundlichkeit von Genossinnen sehr Sorge getragen.

Wir geben im folgenden den Bericht einer Teilnehmerin am Kursus in Wunzlan wieder:

Vom 8.-9. September wollten die Mädchen von der Arbeiterjugend Niederösterreichs in Wunzlan zu einem Kursus, der ihnen Gedankenreife, Klarheit und Anregung geben sollte. Freier bestehender Fabrikarbeiter, Geschäftsbetriebe und Hauswirtschaftlichen fanden wir uns zusammen. Dreißig Mädchen nahmen an dem Kursus teil. Die vorgeschriebenen Themen wurden in Form von Arbeitsgemeinschaften behandelt. Genosse Reinhold Zimmer sprach zu dem ersten Thema: „Aufgaben der Mädchen in der Arbeiterjugend.“ Er erklärte zuerst die für die Mädchen sehr nachteilige Erziehung, die sich äußert darin, daß sie viel weniger Bewegungsfreiheit und stärkere Belastung haben, als die Jungen. Die Arbeitsverteilung sollte eine gerechte sein, damit das Mädchen ebenso selbständig werden kann, wie der Junge und sich auch einen Beruf schaffen kann und nicht immer unbedingte auf die Heirat angewiesen sei. Festgestellt war, daß unter den 30 anwesenden nur zwei Mädchen ihren gewünschten Beruf erreichen konnten. Wir gingen dann über zu der Stellung des Mädchens in der Bewegung. Wie sie in derselben erzieherisch wirken kann, wurde besprochen. Da heißt es, mit auf das innere Werden eines Menschen zu schauen, versuchen ihm zu helfen, auf daß sein Genieses geübt werde. Liebe, Vertrauen und tiefes Vertrauen ihm schenken. Gerade hier ist ein großes weites Wirkungsfeld für die Arbeit. Zu diesem Schaffen gehört aber eine bestimmte Hilfe, die zu erlangen ist, wenn wir uns in ständiger Selbsterziehung daran mühen. Ein Jugendfreund beschränkt sich nicht immer mit Liebe alles zu tun, sondern daß es des öfteren auch nötig ist, seine Meinung mit Kraft und Energie durchzusetzen.

Am Nachmittag sprach Reinhold Zimmer über: „Die Stellung der Frau in der Vergangenheit“, wie sie heute in seinem Buche „Die Frau und der Sozialismus“ in allen Einzelheiten schildert. Auch diesen Ausführungen wurde mit regem Interesse gefolgt. Am zweiten Tage hielt uns Frau Stadtrat Reijer in Breslau einen Vortrag über: „Das Erwerbseben und Berufsleben der Frau.“ Sie führte uns die Bedeutung der Volkswirtschaft in ganzer Größe vor Augen und an Hand von Statistiken konnten wir sehen, wie groß das Arbeitslohn der Frauen ist. Erst ging sie auf die Einzelwirtschaft, den Haushalt, ein, um jerner die Volkswirtschaft in ihren wichtigsten Zweigen und Zusammenhängen zu erläutern. Von Bedeutung für uns war, daß von 27 Millionen Erwerbstätiger 6 Millionen allein die Frauen stellen, ohne Hausangehörige. Jeder Beruf bringt Gefahren mit sich. Inwiefern sind die Frauen von manchen Berufen die übergroße Gefahren bergen, ausgeschlossen. Es gibt wenige Berufe, die überhaupt nicht haben. Zur Beschäftigung von Mädchen sind in den Betrieben Schutzmaßnahmen getroffen, doch müssen wir darauf hinwirken, daß diese noch weiter ausgebaut werden. Die Einrichtung von Berufsaufsichtern kann für das Proletariat von großem Nutzen sein, als Versuch, die einzelnen auf Begabung und Geschicklichkeit zu prüfen, die dieser oder jener Beruf erfordert. Die Rednerin hat angeführt, welche Vorteile die Beschäftigung der Frauen in der Landwirtschaft, in der Industrie und in der Hauswirtschaft bringen. Die Frauen und Mädchen sollten bestrebt sein, soweit ihnen Zeit zur Verfügung steht, sich um äußere Angelegenheiten zu kümmern, sich zu bilden und ehrenamtlich zu betätigen. Trotzdem Bebel schon vor vielen Jahren als erster Gleichberechtigung für die Frau gefordert hat, gibt es noch in unseren Reihen Männer, die die Frauen in ihrer politischen Entwicklung hemmen.

Als drittes Thema in unserer Vortragsreihe sprach die Kreisführerin Hilde Joppitz über: „Hygienische Forderungen für die Frau.“ Grundsätzlich sollte man sein mit der Pflege seines Körpers. Die Haut rein halten, möglichst tägliche Ganzwaschungen vornehmen. Luft und Sonne braucht unser Körper, um gesund zu bleiben. Auf Kleidung und Schuhwerk muß viel Sorgfalt gelegt werden. Ein großer Teil der Frauenkrankheiten rührt von dem unangenehmen Schweiß her. Eingehend wurde von der Wohnungspflege gesprochen. Darauf ging die Rednerin auf die Ernährungsfrage über, wobei Nährstoffe der Mensch braucht und die Werte der einzelnen Nahrungsmittel. Eingehend wurde über die Entwicklung des Kindes und dessen Pflege gesprochen. Da das Kind vor der Geburt viel Kräfte der Mutter aufbraucht, muß diese ihren Körper kräftig und gesund zu erhalten suchen, um dem Ausgang der Mutterzeit gewachsen zu sein. Die günstige Nahrung des neugeborenen Kindes ist die Muttermilch, weil diese alle erforderlichen Stoffe enthält, die das Kind braucht. Auf die Pflege des Kindes ist die größte Sorgfalt zu verwenden, da der kleine Körper noch nicht widerstandsfähig genug ist und leicht zu Krankheiten neigt. Hierauf erfolgte Ausführungen über Berufshygiene. Es gibt verschiedene Berufe, die durch Einatmen schlechter Dünste, Gase oder Staub schädigend auf die Gesundheit der Arbeiter wirken. Als Folgeerscheinung tritt vielfach Tuberkulose auf, die leicht zu übertragen ist. Hier muß vor allen Dingen für Lüftung gesorgt werden.

Genossin Maria Zils referierte am letzten Tage über: „Nationales Hauswirtschaftslehre.“ Daß die Arbeit im Haushalt von jeher so niedrig eingeschätzt wird, liegt daran, daß

diese Arbeit nicht als Beruf gelernt wurde. Doch neuerdings beehrt die Möglichkeit sich hauswirtschaftlich zu bilden in der Berufsschule, in die man schon mit 14 Jahren eintreten kann. — Unwissenheit und Untertun. — Vor allem muß auf ein gesundes Wohnungsweien hingearbeitet werden. Auch die Arbeiterklasse hat Anspruch auf mehr Räume als Stube und Küche. Dafür müssen bessere Mietverhältnisse geschaffen werden. Das bringt nur der Zusammenschluß aller in der Gewerkschaft aus. Die Frauen sollten die Vorteile der öffentlichen Wasser- und Elektrizität durch ihre Mitgliedschaft stärken helfen. Genossin Zils ging nach weiteren Ausführungen darauf ein, wie wir unser Heim ausgestatten sollen, den Sinn erweckend für Säugende. Einfach und praktisch, damit das Heim eine wahre Erholungsstätte wird. Rationelle Hauswirtschaft bedeutet Gleichrichtung aller hauswirtschaftlichen Arbeiten.

Mit diesem Thema war der Kursus beendet. Befriedigt von allem Gehörten und mit dem Wunsch auf höhere gemeinsam verlebte Stunden trennten wir uns mit dem Wunsch, immer bei unserer Arbeit zur Förderung der Mädchen in enger Fühlung miteinander zu bleiben. Margarete Suret.

Die des Breslauer Kursus

hatte bescheidenweise auch ein Kurze angestagt, ob ihm die Teilnahme gestattet sei und man ihn „nicht hinausweisen würde“. Hier schien sich das ganze schlechte Gemühen des männlichen Geschlechts zu ärgern in der Furcht, die Mädchen könnten Gleiches mit Gleichem vergelten. Selten wir aber weniger hoch und nehmen wir an, er habe die Mädchen und Wünsche der Mädchen von ihnen selbst vernachlässigen wollen, um später als rechter Sozialist deren Forderungen energisch mit zu unterstützen. Dem Bericht, den er uns schickte, entnehmen wir folgendes:

Befestigung des Reijer Hauses am Freitag vormittags 10-12 Uhr.

Morgens 10 Uhr trafen wir uns wieder im Gewerkschaftshaus, um das Reijer-Haus, eine Kaffeehalle, zu besichtigen. Gemeinsam gingen wir durch die Straßen der Stadt, wobei wir das Breslauer Strahlenleben betrachten konnten. Nach einhelliger Wanderung fanden wir vor unserem Ziel, und wurden schon erwartet von dem Führer, welcher uns das Haus und die Kunstwerke erklärte. Freudig fanden wir vor den Bildern der beiden Künstler Erik und Erich Erler. Die geschmackvoll eingerichteten Zimmer ließen auf hohes künstlerisches Empfinden der ehemaligen Bewohner schließen. Sammlungen alter Kunst und alter Möbel erinnerten uns an das künstlerische vergangene Zeiten. Schnell verging die Zeit, in der wir die einzelnen Räume besichtigten, deren Höhepunkt die feenhafte Ausstattung des Musikzimmers bildete. Wir mußten um 12 Uhr das so vorzüglich ausgestattete Heim verlassen und uns auf den Rückweg begeben. Froh und glücklich fühlten wir uns allen Mühsal abzutun.

Die Frau im Erwerbeseben und Beruf.

Freitag, nachmittags 3-6 Uhr. Referent: Frau Stadtrat Reijer. Um 3 Uhr trafen wir uns, um den Nachmittag wieder unserer Arbeit zu widmen. Die Referentin legte uns in kurzen Worten den Wert und die Stellung des Haushalts als Bestandteil der Volkswirtschaft dar. Sie machte uns dann die Berufszweige verschiedener Art an Hand einiger Karten aus den verschiedenen Industrien leicht verständlich. Ausdrücklich wurde die Bedeutung für den Beruf besprochen. Im Interesse der gesamten Volkswirtschaft wäre es zu wünschen, wenn jeder den Beruf ergreifen könnte, zu dem er sich hingezogen fühlt. Besondere Beachtung wurde den gesundheitsschädlichen Betrieben zugewandt und dabei Rücksicht auf Gesundheit und Körperpflege gegeben. Auf die Möglichkeiten, sich im Beruf weiter fortzubilden, kamen wir eingehend zu sprechen. Es kamen hier in Betracht die Mädchen mit Volksschulbildung, welche in der Berufs- und Mittelschulbildung einzuordnen gedenken. Bei rascher Arbeit und steter Wissensmehrung ist es auch den Volksschulmädchen möglich, das erforderliche Examen zu bestehen. Ganz kurz wurden noch die Berufe, die für die bürgerliche Frau in Betracht kommen, besprochen, des Weiteren auch das Hausangestellten-gesetz, die Gefährdung, die Unfallversicherung in den einzelnen Betrieben und die Betriebsräte. Aus den Ausführungen der Referentin dürfte wohl jede Genossin Lehren und Rückschlüsse mit nach Hause genommen haben, um ihr Ziel auf dem kürzesten Wege zu erreichen und auch ihren jungen Arbeitskameradinnen mit Rat und Tat vorwärts zu helfen. Wir gingen dann in die Quartiere und verbrachten den Abend in edler Geselligkeit mit den Breslauer Genossinnen. Joh. Berger.

Besonders zu bemerken ist hier, wie klar und deutlich volkswirtschaftliche Dinge vom Burgen erfaßt wurden. Das erklärt sich aus der bewußteren Kampfbereitschaft, die der Mann heute im Wirtschaftsleben einnimmt. Hier sollen Kräfte der Frau erst geweckt werden, wo der Mann schon brauchbares Werkzeug zum Kampf selbstverständlich gewohnt. Auf Verhinderung der Vergabung ist kein Rückschlüsse möglich. Eines aber ist bei den Vorträgen gemeinsam: Verständnis und Dankbarkeit für alles, was gegeben wurde — die angenehme Empfindung, wahrhaft lernen — zu dürfen — die Freude über ergänzende Führungen, Besichtigungen usw., Frohsein und Lust zur Arbeit, hervorgerufen durch freundliche, blumengeschmückte Tagungsräume und nicht zuletzt mit starker Betonung der Wille, weiterzuarbeiten an sich und der Bewegung, soweit es die Kräfte nur irgendwie gestatten. Hoffen wir, daß letzteres noch besonders reiche Früchte trägt. Reinhold Zimmer.

Ein Befehl und seine Ausführung.

Als die kommunistische Jugend noch „illegal“ lebte, erschien in der ebenfalls illegal verbreiteten „Jungen Garde“ ein Befehl der Zentrale, der Anweisungen für alle Mitglieder über die Methoden des politischen Kampfes enthielt. Es wurde darin festgelegt, daß Entstellungen der Tatsachen und Lügen wichtige Kampfmittel für „revolutionäre Klassenkämpfer“ sind. Ihre Anwendung wurde vor allem gegenüber dem Untersuchungsrichter empfohlen.

Nachdem nun durch die Aufhebung des Verbots der kommunistischen Partei und der kommunistischen Jugend die Gefahr der Verantwortung vor dem Richter erheblich herabgemindert worden ist, ist der Befehl nicht etwa zurückgezogen worden, sondern die Zentrale geht jetzt daran, ihn „anwendbar“ auf die „Fundersnechte des Proletariats“, die Sozialdemokraten und die sozialistische Arbeiterjugend, anzuwenden. Sie geht dabei in einer Weise vor, daß der Moskauer Generalsekretär zweifellos seine helle Freude an der vollkommenen Durchführung seiner Anordnungen durch die Berliner Leitung haben wird. Wir wollen hier nur einige Fälle herausgreifen, um daran zu zeigen, was die Kommunisten auf diesem Gebiet — dem einzigen, auf dem sie einiges Format haben — zu leisten vermögen.

Fall eins: Die „Junge Garde“ veröffentlicht einen Aufruf der kommunistischen Jugend-Internationale zum 10. Internationalen Jugendtag, in dem es unter anderem heißt:

„Und wie die Sozialdemokratie und die sozialistische Arbeiterjugend während des Krieges mit aller Kraft die Kapitalisten unterstützten, wie sie den Krieg herbeiführten, den Jugendlichen in den Rekrutierungslagern die Schußwunden rauben, die blutige Revolutionäre der Polizei dominierten und Millionen in den Tod hielten, so fanden sie auch im

Bürgerkrieg auf der Seite des Klassenfeindes. Koste, Severing, Ebert, Brüning, Meiß, Ollenhauer, Käßler, ihre Namen sind untrennbar verbunden mit Tausenden von erschlagenen, gemarterten, seuchenhaft erschossenen jungen und erwachsenen Arbeitern.

Auch die Sozialdemokraten sind den Weg, den sie 1914 einschlugen, geradeaus weitergegangen, bis auf den heutigen Tag. Auch heute denunzieren sie junge Kommunisten, auch heute wollen sie den jungen Arbeiter in den neuen Militarismus, in die Arbeitsdienstpflicht zwingen.“

Die Wahrheit ist, daß die Reichskonferenz des Verbandes der sozialistischen Arbeiterjugend bereits im Mai einstimmig beschlossen hat, die Arbeitsdienstpflicht entschieden abzulehnen.

Fall zwei: In einer anderen Stelle desselben Schlußwortes heißt es unter der Überschrift: „SAJ und Jugend bedenklich vereint“:

„Damit das Arbeitsdienstpflichtjahr auch seinen Zweck erfüllt, die Militarisierung und nationalstolische Vererbung der Jugend, die Bildung einer Lohndrucker- und Streikbrechergarde, ist die Bourgeoisie bestrebt, möglichst viel Protestjungen und -mädchen einzufangen. Die Sozialdemokratie und die sozialistische Arbeiterjugend sind wie immer, die Verbündeten der Reaktion. Hat auch der Reichstagsrat der SAJ, abgelehnt, für die Arbeitsdienstpflicht einzutreten, so arbeiten doch die Westphal und Ollenhauer verächtlich und offen mit den reaktionären Organisationen zusammen. So offen, wie das Ollenhauer in dem Aufruf mit den sozialistischen, bürgerlichen und gewerkschaftlichen Organisationen getan hat, geht das jetzt durch den Protest vieler Mitglieder nicht mehr. Nach außen versuchen die Ollenhauer und Westphal es so hinzustellen, als seien sie gegen das Arbeitsdienstpflichtjahr. Wir kennen zu gut diese Schurkerei. 1914 waren sie zuerst auch schweigen gegen den Krieg, dann neutral, und schließlich gingen sie offen auf die Seite der Kaiser-Generale über.“

Die Wahrheit ist, daß der oben erwähnte Beschluß der Reichskonferenz nur eine Bestätigung eines bereits früher gefaßten Beschlusses des Hauptvorstandes ist, der die Ablehnung deutlich zum Ausdruck brachte.

Fall drei: Die Zentrale der kommunistischen Jugend Deutschlands verbreitet gegenwärtig eine Proklama, „Sachverständigenabkommen — Arbeitsdienstpflicht — Deutschland, das große Arbeitszuchtshaus für die arbeitende Jugend“. In dieser Schrift wird behauptet, daß der Ausschuss der deutschen Jugendverbände einen Aufruf, unterzeichnet vom stellvertretenden Vorsitzenden dieses Ausschusses, Genossen Ollenhauer, veröffentlicht habe, in dem es heißt, daß der Ausschuss dafür eintritt, daß jeder junge Deutsche im Alter von 18 bis 25 Jahren verpflichtet werden soll, eine einjährige Arbeitsdienstpflicht durchzumachen. Es wird sogar ein Auszug aus dem angeblichen Aufruf abgedruckt.

Die Wahrheit ist, daß der Ausschuss der deutschen Jugendverbände in der Frage der Arbeitsdienstpflicht niemals einen Aufruf veröffentlicht hat, daß er im Gegenteil nach eingehender Beratung des Problems festgestellt hat, daß gegenwärtig die Durchführung der Arbeitsdienstpflicht für die Jugend unmöglich ist. So arbeitet die Zentrale, und es ist selbstverständlich, daß die Proklamaagen alles tun, um ihren hohen Herren in Berlin möglichst nachzukommen. Wir zitieren dafür folgende Beweise: „Der junge Kämpfer“, die Jugendbeilage der kommunistischen Zeitung des Bezirks Chemnitz bringt einen Leitartikel, in dem folgende Sätze enthalten sind:

„Die SAJ bringt noch mehr fertig. Als wir in einem Flugblatt feststellten, daß die SAJ für das Arbeitsdienstpflichtjahr, also für eine kapitalistische Militarisierung, für die Bildung einer Lohndrucker- und Streikbrechergarde, eintritt, da beziehen sich viele Mitglieder auf den Beschluß ihres Reichstages, der gegen Ollenhauer und Westphal das Arbeitsdienstpflichtjahr abgelehnt hat. Das ist zwar richtig, aber Ollenhauer ist noch Hauptvorstandmitglied und Sekretär der SAJ, Westphal ist noch der Vorsitzende der SAJ, also dieselben Leute, die mit den sozialistischen und bürgerlichen Organisationen einen Aufruf für die Einführung des Arbeitsdienstpflichtjahres herausgegeben haben. Trotz des Beschlusses des Reichstages treten die Westphal und Ollenhauer weiter für das Arbeitsdienstpflichtjahr ein.“

Das Blatt der kommunistischen Jugend Sachsen, das den schönen Namen „Mit Lenin“ führt, schreibt in seiner Augustnummer unter dem Titel „Arbeitsdienstpflicht — Arbeitszuchtjahr“ folgendes:

„Die bürgerlichen Jugendverbände, besonders die Faschisten, arbeiten eifrig für das Zustandekommen des Arbeitszuchtjahrs. Sie sammeln Unterschriften für einen Volksentscheid, um die Arbeitsdienstpflicht zu erzwingen. Die „sozialistische Arbeiterjugend“ geht, wie immer, Hand in Hand mit den Feinden der arbeitenden Jugend. So hat Ollenhauer, Mitglied des Hauptvorstandes der SAJ, und Sekretär der „sozialistischen Jugend-Internationale“, für die SAJ, einen Aufruf des Ausschusses der deutschen Jugendverbände unterzeichnet, in dem es heißt:

„Jeder junge Deutsche im Alter von 18 bis 25 Jahren soll in Zukunft verpflichtet sein, ein Jahr im Kreise seiner Altersgenossen gemeinsinnige Arbeit für das Ganze zu leisten.“

Und schließlich sei noch erwähnt die Jugendbeilage der „Eindringenden Arbeiterzeitung“ in Stuttgart. Für die jungen Kämpfer“, die unter der Überschrift „Die sozialistische Arbeiterjugend für das Arbeitsdienstpflichtgesetz“ folgendes verappt: „Ollenhauer und Westphal. Wer kennt sie? Das sind die „Prominenten“ der sozialistischen Arbeiterjugend. Ollenhauer ist Sekretär der sozialistischen Jugend-Internationale und Mitglied des Hauptvorstandes der sozialistischen Arbeiterjugend, und Westphal ist der Vorsitzende der sozialistischen Arbeiterjugend Deutschlands. Diese beiden sauberen „sozialistischen“ haben jetzt (sic) an den Beschluß ihres eigenen Reichstages nicht festhalten, sondern sie haben sich mit den sozialistischen und bürgerlichen Jugendverbänden einen Aufruf herausgegeben, der für die Einführung der Arbeitsdienstpflicht für jugendliche Arbeiter erneut eintritt.“

Wir haben bereits oben den wahren Sachverhalt festgestellt und brauchen dem nichts mehr hinzuzufügen. Diese Stellen beweisen aber, wie hier über das ganze Reich ein Netz von Verschwörungen ausgebreitet ist, um die Arbeiterjugend und Zweifel zu säen, in der Hoffnung, unaufgeklärte und Wankelmütige dadurch auf das fahrende Schiffe der deutschen kommunistischen Bewegung zu bringen.

Schlimmer noch als die Schamlosigkeit, mit der das traurige Geschäft persönlicher Verleumdung besorgt wird, scheint uns allerdings die Tatsache, daß die kommunistische Jugend durch die Schuld der jetzt führenden Leute mehr und mehr zu einem stinkenden Morast von niedrigsten Leidenschaften wird, in dem selber immer noch quigläubige und idealistische Jugendliche umkommen müssen, weil sie zu spät erkennen, in welche fragwürdige Gesellschaft von gewissenlosen Abenteurern, die mit dem Namen Proletariat, Klassenkampf, Revolution und Kommunismus schmökeln, sie geraten sind.

Daß es für die sozialistische Arbeiterjugend gegenwärtig weniger als je zuvor eine Verbindung mit dieser proletarisch-revolutionären Organisation geben kann, ist selbstverständlich. Die sozialistische Arbeiterjugend erwidert sich im Gegenteil ein Verbleib um den Sozialismus und die Arbeiterklasse, wenn sie überall diese unwahrscheinliche und verlogene Agitation entlarvt.

